

70 Heller.
Kreuz.
Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.
Postfachamt: 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Bestellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Abschließung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 16. Jänner 1924.

Nr. 14.

Das verdorbene Konzept.

Die Belgrader Konferenz der Kleinen Entente ist verlaufen wie das berühmte Hornberger Schießen. Es ist wieder einmal ganz anders gekommen, als man gedacht hat, und als insbesondere Frankreich, der große Protektor der Kleinen Entente erhoffte. In dem diplomatischen Ränkepiel, in dem genau wie vor dem Weltkrieg mit Ländern und Völkern wie mit Schachfiguren gespielt, ist dem bisher in die Defensive gedrängten Gegenspieler ein Zug gelungen, der ihn im Augenblick als den Erfolgreicheren erscheinen läßt. Frohgemut war der wackere Unterhändler Frankreichs, unser Außenminister Dr. Benes, nach Belgrad gefahren, um dort unter seinen Verbündeten für zwei Dinge zu werben, die Frankreich gegenwärtig aus Besorgnis vor der kommenden Arbeiterregierung in England sehr am Herzen liegen: für die Anerkennung Sowjetrußlands und für die Ausdehnung des französisch-tschechoslowakischen Bündnisvertrages. Nach den englischen Wahlen, von denen Frankreich mit Recht eine entschiedenere Wendung der englischen Politik gegenüber dessen europäischen Vorherrschaftsbestrebungen erwartet, war es dieses selbe Frankreich, dem ein nicht zu unterschätzender Schwachzug durch die Schaffung der unauflöslichen militärischen Allianz mit der Tschechoslowakei gelang. In Belgrad sollten die Fäden weitergesponnen und Südslawien an das französische Schiff dauernd gebunden werden. Belgien, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien, sie alle zusammen waren bestimmt, den Ring um Deutschland zu bilden, und zugleich sollten alle diese kleineren und größeren Staaten, wenn einmal hörig gemacht, die Stufen bilden, auf denen Frankreich zur wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung auf dem europäischen Festland emporsteigen konnte. Dilem Imperialismus war Poincare der Wegbereiter und Herr Benes dessen Prophet.

Die Konferenz von Belgrad verlief aber, wie schon gesagt, gar nicht programmgemäß, und Herr Dr. Benes wird mit sehr gemischten Gefühlen die Hauptstadt des südslawischen Staates verlassen haben. Noch ehe die Konferenz begann, fiel auf die französisch-tschechischen Plänenräume ein böser Rauhfleiß nieder und versenkte sie. Ohne daß Dr. Benes, der doch überall dabei sein möchte, wo in Europa etwas geschieht, eine Ahnung hatte, waren zwischen Italien und Südslawien Verhandlungen über eine Annäherung gepflogen und knapp vor Eröffnung der Konferenz bekanntgeworden. In solcher Laune ward noch kein Weib gefreit worden; in gründlich veräufelter Stimmung, die der Stimmung bei einem Totenmahle gleich, wurde die Konferenz wohl doch abgehalten, aber von den Hoffnungen, die auf sie gesetzt worden waren, wurde auch nicht eine erfüllt. Die Kleine Entente zeigte sich alles eher denn einig: Rumänien widerlegte sich dem Verlangen nach Anerkennung Sowjetrußlands, und Südslawien tanzte eine Extratour, bei der es aus der Reihe geradezu hervorstanzte. Seit Bestand der Fiumaner Frage gab es zwischen Italien und Südslawien eine scharfe Spannung, die wiederholt bedrohliche Formen annahm. Wegen des Streites um Fiume fühlte sich Südslawien ständig von Italien bedroht und der Streitfall barg tatsächlich argen Brandstoff in sich. Dieser Streit nun wurde durch das neueste italienisch-südslawische Abkommen dauernd geschlichtet, und damit die nicht unbedenkliche Spannung zwischen diesen Nachbarstaaten beseitigt. Italien erhält die Souveränität über Fiume, während es zugunsten Südslawiens auf alle Ansprüche auf den Karst, die Adria und auf das Delta verzichtet. Außerdem wird ein besonderer Vertrag geschlossen werden, wonach Südslawien für 50 Jahre das Recht der Mitbenutzung des Hafens Fiume erhält. Ferner verlautet, daß ein italienisch-jugoslawisches Bündnis in Aussicht steht.

Das bedeutet mehr als die bloße Schlichtung eines alten Streitfalles, es ist ein diplo-

Die geschichtliche Parlamentswoche in England.

Die Thronrede.

Konzeptionen nach Links und Rechts.

London, 15. Jänner. (N.N.) Das Königspaar begab sich heute morgens aus dem Buckinghampalast in den Westminsterpalast zur feierlichen Eröffnung des Parlaments. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten eröffnete der König die Parliamentssession mit der nachstehenden Thronrede:

„Meine Beziehungen zu den fremden Mächten sind ständig freundschaftlich und ich bin glücklich, einen entschiedenen Fortschritt in der Lösung jener Fragen konstatieren zu können, welche bis nur das gegenseitige Einvernehmen verhindern und die Gefundung der Welt aufhielten. Die Reparationskommission konstituierte zwei Ausschüsse, in welchen die Sachverständigen der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den englischen, französischen, italienischen und belgischen Sachverständigen arbeiten und sich mit wichtigen und ersten finanziellen Fragen Deutschlands befassen werden.“

Auf die inneren Angelegenheiten übergehend erwähnte der König die kürzlich stattgefundenen Wahlen, wobei um die Fragen einer Reform des Parlamentes gekämpft wurde. Der König fuhr fort: Ich bin glücklich, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffenen Maßnahmen im vorigen Jahre von Erfolg gekrönt waren und daß eine Verminderung der Zahl der Arbeitslosen eingetreten ist. Trotzdem bereitet mir die gegenwärtige Zahl der Leute, die bisher ohne Beschäftigung sind, viel Sorgen. Meine Minister haben kürzlich Anträge unterbreitet, die nach ihrer Meinung zur Lösung dieses Problems dadurch beitragen würden, daß der Industrie ein größeres Maß von Sicherheit auf dem heimischen Markte und bessere Aussichten auf Absatz ihrer Produkte in meinen überseeischen Dominions und im Ausland gewährt würden. Diese Anträge wurden jedoch nicht angenommen. Unter diesen Umständen sind Sie berufen, zur Erweiterung und Verbesserung der Handelsmöglichkeiten, die in der Reichswirtschaftskonferenz beantragt wurden, ihre Zustimmung zu geben.

Die Thronrede enthielt auch die Erwähnung der Versorgung von Arbeit auf den Schiffswerken durch sofortigen Bau von Kreuzern und Schiffen im Zusammenhang mit dem Marine-

matisches und politisches Ereignis von größter Tragweite. Die Kleine Entente war schon bisher ein Gebilde von nicht gerade imponierender Einheitslichkeit. Die Interessen der Staaten, die sie in sich einschließt, waren bis auf die Gegenwart zu Ungarn nicht gleichlaufende. Keiner der Staatsmänner dieser Länder schien auch schon bisher geneigt, um der schönen Augen seiner Verbündeten, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes durch übereifriges Beibringen bei den Fährnissen des Nächsten in Gefahr zu bringen. Alle Ämste und Mühen Dr. Benes, dem Primatgeber im Orchester der Kleinen Entente, vermochten nicht das Zusammenspiel der recht unterschiedlichen Musikanten zu einem völlig harmonischen zu machen. Nun hat das italienisch-südslawische Abkommen, das sogar zu einem politischen Bündnis ausgestaltet werden soll, die fast einzige Klammer gelodert, die Südslawien bisher mit der Kleinen Entente zusammenhielt. Wenn Italien, das alle gegen Südslawien gerichteten Gegnerstaaten unterstützte — es sei nur an die Waffenlieferungen Italiens an Ungarn erinnert — keine feindlichen Machenschaften einstellt und Südslawien sogar seine ihm durch den Friedensvertrag zugesprochenen Grenzen durch ein Bündnis sichern will, dann braucht Südslawien weder Ungarn noch Bulgarien mehr zu fürchten, und damit verliert auch die Lockung, der Kleinen Entente anzugehören, für Südslawien die anziehende Wirkung.

Es wäre müßig, sich aufs Rätselraten darüber zu verlegen, ob der Plan, Italien mit Südslawien auszuöhnen und ein Freundschaftsverhältnis zwischen ihnen herzustellen, von England ausging, oder der Initiative

programm. Den Arbeitern soll die Möglichkeit gegeben werden, sich eigene Häuser kaufen zu können. Nordirland soll mit Rücksicht auf die Kämpfe, deren Schauplatz es kürzlich war, Erleichterungen gewährt werden. Dem Parlament werden auch Entwürfe betreffend Erweiterung des Militärflugwesens im Zusammenhange mit der Verteidigung im Inland, ferner Anträge auf Legitimierung unehelicher Kinder, deren Eltern später die Ehe eingehen würden, sowie Anträge über verschiedene andere Angelegenheiten betreffend die innere Politik unterbreitet werden.

Die Debatte.

London, 15. Jänner. (N.N.) Heute nachmittags wurde im Unterhaus die Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede eröffnet. Als Ergebnis dieser Debatte wird die Niederlage der Regierung und der Antritt der Arbeiterregierung erwartet. Nach den konservativen Unterhausmitgliedern Banks und Lord Apsley die den Entwurf der Adresse einreichten und sich für seine Annahme aussprachen, ergriff Ramsay MacDonald das Wort. Er erklärte, daß er die Erhöhung der auswärtigen Angelegenheiten in der Thronrede begrüßt habe. Die Situation werde aber immer ernster und die britische Politik müsse entschiedener und wirkamer werden. MacDonald erklärte, daß die Hoffnung auf eine Aenderung der Regierung in England mehr für die Befestigung des Einflusses Großbritanniens in der Denkschrift der führenden Staatsmänner des Kontinents getan habe, als die letzte Regierung während 12 Monaten. Die Regierung sei des Vertrauens des Hauses nicht wert.

Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei.

Der Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zur Adresse auf die Thronrede hat folgenden Wortlaut: „Es ist unsere Pflicht, Euer Majestät in aller Ehrfurcht darauf aufmerksam zu machen, daß die gegenwärtigen Regierung Eurer Majestät nicht das Vertrauen des Hauses besitzen.“ Der Abänderungsantrag wird von Clyne eingebracht werden.

Italiens entsprang. Zweifellos hat das in Paris geschlossene Bündnis zwischen Poincare und Benes sowohl in Rom wie in London äußerste Verstimnungen hervorgerufen, als deren Folge die Beschlüßung anzusehen ist, mit der die italienische Regierung den Fiumaner Streit zu beendigen und Südslawiens Freundschaft zu gewinnen suchte, um dadurch in die Kleine Entente einen Keil zu treiben. Dr. Benes ging nach Belgrad, um Südslawien für ein Bündnis mit Frankreich einzufangen, statt dessen erwartete ihn dort ein so gut wie fertiges Bündnis des südslawischen Staates mit Italien, was das gerade Gegenteil seiner gehegten Absichten bedeutet. Er steht sein Konzept gründlich verdorben und mag darüber nachsinnen, ob es klug war, alles Heil für die Tschechoslowakei von der einen Karte Frankreich zu erwarten. Sein Belgrader Mißerfolg wird die Begeisterung in Paris für Frankreichs betriebfamsten „Vermittler“ merklich abkühlen und er muß nun sogar sein stolzestes, ureigenstes Gebäude, die Kleine Entente, bedenklich schwanken sehen. Wir zweifeln nicht, daß der Vielgewandte auch anders kann, und der in den Ränken der angeblich so versetzten geheimen Diplomatie Wohlberwanderte eventuell auch dort wieder Anlehnung suchen wird, wo er bisher in Frankreichs Dienst, nichts weniger als freundschaftliche Gefühle und Vertrauen weckte. Aber sein Spiel wird ihm nicht vergessen werden und allmählich wird man zu erkennen beginnen, daß Herr Dr. Benes für die Sicherung des tschechoslowakischen Staates das aller- schlechteste Mittel: das Ränkepiel der Geheimdiplomatie und der militärischen Bündnispolitik, erwählt hat.

Benes Reise nach London.

Schwierigkeiten in der ungarischen Anteilfrage. Paris, 15. Jänner. Außenminister Dr. Benes ist heute früh 7 Uhr hier eingetroffen und ohne den Zug zu verlassen, um 9.15 Uhr nach London weitergereist. Die Dauer des Aufenthaltes des Außenministers in London ist noch unbestimmt. Da namentlich in bezug auf die Dauer der ungarischen Anleihe, und zwar ob sie zwanzig oder nur fünfzehn Jahre laufen soll, Schwierigkeiten aufgetaucht sind, dürfen die Verhandlungen voraussichtlich eine Woche in Anspruch nehmen.

Kritik an der Koalitionspolitik der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Berlin, 15. Jänner. (Eigenbericht.) Einen sehr lebhaften Verlauf nahm heute eine Versammlung der sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Funktionäre Groß-Berlins, in der Genosse Ströbel über die Situation der Partei sprach. Ströbel übte an der Rechtspolitik der sozialdemokratischen Fraktion scharfe Kritik und forderte die Partei auf, die jetzt unternommenen Versuche, die Kosten des Ruhrkonfliktes auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, energisch zu bekämpfen. Der sozialdemokratische Mißerfolg in Sachen sei nicht die Folge der Auseinandersetzungen in der Partei, sondern auf die verhängnisvolle Koalitionspolitik im Reich zurückzuführen. Die Partei müsse aus diesen sehr bedauerlichen politischen Folgerungen ziehen und rücksichtslos den Kampf gegen die bürgerlichen Feinde der Arbeiterklasse führen. Während die Rede Ströbels von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde, ernteten die Vertreter der Koalitionspolitik lebhaften Widerspruch. In einer Resolution wurde schließlich die Forderung erhoben, daß der im März zusammentretende Parteitag ein klar umschriebenes Programm aufstelle, mit dem die Partei in den bevorstehenden schweren Wahlen Kampf ziehen könne.

Das nächste Regierungsprogramm.

Die Koalitionsregierung im Landtag.

Dresden, 15. Jänner. Ministerpräsident Seiditz gab heute im Landtag das Programm der neuen Koalitionsregierung bekannt. Er sprach die Erwartung aus, daß diese Regierung länger zusammenhalten werde als die Regierung der letzten Zeit. Im Kabinett seien zum erstenmale Vertreter aller Parteien zusammengefaßt, was eine Gewähr dafür biete, daß die Verfassung peinlich gewahrt und geschützt würde. Der Ministerpräsident betonte dann, daß die soziale Fürsorge gefördert, der Ausbau der Landesgesetzgebung unter Berücksichtigung der schaffenden Stände betrieben und der staatliche Besitz erhalten und ausgebaut werden soll. Der Staatshaushalt soll auf Goldwährung umgestellt werden. Neue Staatsausgaben können auf Grund der schlechten finanziellen Verhältnisse nicht aufgenommen werden. Der Ministerpräsident wendet sich sodann gegen die Behauptungen Bahrens auf Revision der Weimarer Verfassung und erklärte, das sächsische Kabinett werde sich nicht durch Förderung partikularistischer Tendenzen vom geraden Wege drängen lassen, der auf die allmähliche Erringung des deutschen Einheitsstaates abzielt.

Ein geplanter Mordanschlag gegen General Seekt.

Berlin, 15. Jänner. (Eigenbericht.) In einem Kaffeehaus wurde heute Vormittag ein früherer Offizier verhaftet, gegen den der dringende Verdacht besteht, daß er einen Mordanschlag gegen den militärischen Oberbefehlshaber von Seekt vorbereitet hatte. Der Verhaftete gehört denselben Kreisen an, die an der Ermordung von Erzberger und Rathenau beteiligt waren. Es steht auch fest, daß er Mitschuldige hat, nach denen nun eifrig geforscht wird. Seekt sollte wahrscheinlich befreit werden, weil er nicht nur die kommunistische, sondern auch die völkische Partei auf Grund des Verlagerungsjustiz verbotenen hat. Berlin, 15. Jänner. Zu dem geplanten Anschlag auf General Seekt verlautet noch, daß es sich um zwei Leute handelt, die aus München gekommen waren. Sonst wird über die Angelegenheit amtlicherseits nichts weiter bekannt. Der Untersuchungsrichter hat die Sache bereits in die Hand genommen.

Das Aktionsprogramm des Experten- auschusses.

Paris, 15. Jänner. Nach einer Meldung des „New York Herald“ soll in der Nachmittags- session des ersten Sachverständigenausschusses beschlossen worden sein, zwei Unterausschüsse einzusetzen, einen für die Stabilisierung der deutschen Wäh- rung mit Young als Vorsitzenden und einen zweiten für den Ausgleich des deutschen Budgets unter dem Vorsitz des Generals Dawes. Weiter sei man übereingekommen, nach einer einwöchigen Tätigkeit in Paris nach Berlin zu gehen. Man nehme an, daß die Arbeiten des Komitees im April zu Ende sein werden.

Stürmische Kammer- sition in Paris.

Paris, 15. Jänner. Die heutige Kammer- sition begann ziemlich stürmisch. Finanz- minister de La Selve wurde bei seinem Ein- tritt von den Abgeordneten umringt, welche von ihm Aufklärungen über die Maßnahmen der Re- gierung gegen die Waise des französischen Kronen verlangten. Nach Eröffnung der Sitzung forderte der Finanzminister die Kammer auf, eine dies- bezügliche Interpellation auf Donnerstag zu ver- zögern, an welchem Tage diese Maßnahmen be- kanntgegeben werden sollen. Leon Blum (So- zialdemokrat) bestand auf der sofortigen Durch- setzung der Interpellation. Er erklärte, daß die Waise des Kronen nicht auf Londoner und Amsterdamer Einflüsse zurückzuführen sei, sondern vielmehr darauf, was sich in Paris selbst ab- spielt. Die Kammer beschloß jedoch mit 188 gegen 189 Stimmen die Interpellation auf Donner- stag zu vertagen.

Neue Enthüllungen im Main-Prozess.

Budapest, 15. Jänner. (Eigenbericht.) Im Prozesse gegen den Abgeordneten Main wurde heute der bürgerliche Demokrat Bolelos als Zeuge einvernommen. Er erklärte, daß er schon einige Tage vor der Entlassung Main in Kenntnis der Umsturzpläne war, in die übrigens die berühm- testen terroristischen Offiziere Dejas, Pronay, Bibo, Adorjan, ferner die Abgeordneten Ehardt und Vendyay und einige rechts- stehende Journalisten eingeweiht waren. Die Re- gierung weihen sollte nach der Art der Stam- businski-Regierung aus dem Wege ge- räumt, sodann eine „Volksrevolte“ provoziert werden. Die nächste „Revolutions- eappe“ wäre die Tötung einiger reicheren Juden, mit deren Geld eine ungarische Sold- notenbank errichtet worden wäre. Wenn die kleine Entente mit dem Einmarsch gedroht hätte, wäre ein allgemeiner Program voran- gehalten worden.

Die Sowjets „begnadigen“ die Sozialrevolutionäre.

Statt Todesstrafe fünf Jahre Einzelhaft.

Moskau, 15. Jänner. (AP.) Das Präsidium des Exekutivkomitees des Verbandes der Sow- jetrepubliken hat das vom Obersten Gericht gegen die Sozialrevolutionäre gefällte Urteil folgender- maßen abgeändert: Gek, Donskij, Gernstein, Healdelmann, Lichalski, Iwanow, Rotner, Timo- fejew, Agapow, Alkowski und Frau Iwanow wurde die Todesstrafe durch fünfjährige strenge Einzelhaft ersetzt. Ferner wurde beschlossen, Li- berow, Artemiew, Rasow, Fedorowitsch und Bedenawin ihre Haft um die Hälfte auf fünf Jahre und Ugraw, Berg und Ernow auf drei Jahre zu reduzieren. Der Grund der Milderung der Strafen sei vor allem die Festigung der in- ternationalen Lage und die innere Stärke der Sowjetregierung.

An der Schwelle der Macht.

Die Siegesfeier der Londoner Arbeiter

Die Albert-Hall ist einer der größten Säle der Welt. Ein Stuppellau wie die Wiener Ho- rende, mit ovalem Parterre, rings ansteigendem Parkett, drei Reihen Logen, darüber Galerien und ganz oben einer zweiten Galerie für Stehplätze — sieben Stockwerke hoch, bevor noch die Stuppel ansteigt, ein wahrer Kolossalbau, der in seinen ungeheuren Mäßen an den Ursprung dieses Wortes, das römische Kolosseum gemahnt.

In diesem Saal hatte die Londoner Labour Party am Abend des Tages, an dem das Parla- ment eröffnet wurde, ihre Siegesversammlung einberufen. Zehntausend Menschen saß die Halle — und auch das letzte Plätzchen war besetzt. Es war ein Eindruck, wie ich ihn annähernd nur einmal gehabt habe: in einer Soldatenversammlung, knapp nach dem Umsturz, als Mann an Mann, Uniform neben Uniform, den großen Saal des Wiener Kongresshauses füllte, gleichfarbig, von einem Gedanken, einem Rhythmus befeht. Hier ruht die Größe des Raumes, in der die Farben verschwimmen, den gleichen Eindruck der unfor- mierten Masse hervor: zehntausend Gleichfarbige, Gleichbesetzte. Und wie damals befeht sie alle der Sieg.

Masse und Macht.

Nun ist die riesige Orgel ein, ihre brausenden Töne verschlingen den Gesang des Chors. Aber auf einen Wink des Kapellmeisters erhebt sich das Auditorium und stehend singen die zehntausend

Unsere Kämpfe.

Referat des Genossen Dr. Ludwig Gsch, gehalten auf der Karlsbader Kreisokonferenz am 13. Jänner.

Wirtschaftsnot. — Spiritus. — Allianzen.

Genossinnen und Genossen! Das letzte Jahr war eines der schwierigsten und kritischsten. Außenpolitisch stand es im Zeichen der schweren Krise, die Deutschland in einen Brandherd ver- wandelte, alle mitteleuropäischen Staaten und Völker in ihren Bann zog, nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Leben der ganzen Welt aufs schwerste ergriff und heute noch die Ge- fahr schwerster Erschütterungen für Europa in sich birgt. Doch auch außerhalb Deutschlands, in allen Ländern, die der Ausbreitung in seinem Bann entgegen hat, breitet es wie in einem Fegereffel und kam es zu schweren Fiebererregungen und ihre Auswirkungen beschränken sich nicht nur auf diese Länder, sie strahlen auch auf andere Länder aus. Doch so trübselig und so bedenklich das letzte Jahr für die Arbeiterklasse auch war, das heutige Jahr, das uns eine ganze Reihe folgenschwerer Ereignisse bringen wird, wird es noch in weit höherem Maße sein. Schon in diesem Augenblick stehen wir mitten in einer schweren außenpoliti- schen Verwicklung, die

der zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei abgeschlossene Bündnisvertrag

herbortreten hat. Die Entente steht vor dem Zerfall, die französisch-englischen Beziehungen scheinen im Augenblick wie ausge- löst. Die Tschechoslowakei, die fünf Jahre hindurch außenpolitisch das beste Gleich- gewicht zu erhalten vermochte, ist aus dieser Po- sition förmlich über Nacht hinausgedrängt worden und muß nun alle Kraft einsetzen, um die alte Stellung wieder zu erarbeiten. Schon sieht man die Konturen neuer Allianzen am Horizont, schon bereiten sich neue Bündnisse vor, die ein Gegen- gewicht gegen die französische Hegemoniebestre- bungen und gegen die französische Allianz bieten sollen. Italien und Spanien haben sich bereits gefunden. England wird in diesem Kreise nicht lange mehr auf sich warten lassen. Und schon wenden sich alle Blicke dem auch vor- urteilsgewohnt russischen Reiche zu, das nun gleichermäßen von Frankreich wie von Eng- land, von Italien wie von der kleinen Entente umworben wird und das nun für die Ein- bildung begriffenen Konzerne zu gewinnen sucht.

Die Anerkennung Sowjetrußlands

ist nun noch eine Frage der nächsten Zeit.

Die weitere Gestaltung der Verhältnisse in Europa hängt von einer ganzen Reihe von Ereig- nissen ab, die in das kommende Jahr fallen und die Entscheidungen in ausschlaggebender Weise be- einflussen werden. Frankreich steht vor Neuwahlen. Werden sie den Sturz des im- perialistisch-militaristischen Regimes bringen? Werden sie Poincaré wegsagen und mit seiner Gewalt- politik aufräumen? In England wird es in den nächsten Tagen zu einem Systemwechsel kommen, der vermutlich die Arbeiterpartei an die Regierung bringen und damit auch einen wesent- lichen außenpolitischen Umschwung herbeiführen wird. Deutschland dürfte schon in den näch- sten Monaten zur Wahl gehen, die das Schicksal dieses gescheiterten Landes entscheiden und hoffent- lich die Wackelstellung der Schwerindustrie und die Halbtrossenregierung aus dem Wege räumen werden. Nicht in letzter Linie hängt das Schicksal Europas von den amerikanischen Wäh- lungen ab, die in der Frage der interalliierten Schulden Markit bringen werden, ohne welche

ein Wiederaufbau Mitteleuropas, eine Verständi- gung zwischen den Völkern, ja nicht einmal die Regelung der Reparationsfrage möglich ist. Nach allen Seiten stehen wir also vor unentschiedenen schicksalsschweren Problemen.

Aber auch wirtschaftlich war das letzte Jahr eines der schwierigsten und verhängnisvollsten. Es war in Deutschland, aber auch in anderen Staaten die Wirtschaft förmlich über den Haufen. Es zerrütete das po. nische Wirtschaftsleben, es brach auch die ungarische Volkswirtschaft voll- ständig ins Stücken und zwang die ungarischen Staatsmänner zu einem Consoffopang zur Kleinen Entente. Auch die kleinen Balkanländer hatten sich schwer durchzukämpfen; und selbst Frankreich, das

nach der Marne-Schlacht nun auch die Ruhrschlacht siegreich gewonnen

hatte, dem es gelungen war, die Arbeitslosigkeit bis auf 1365 Personen herunterzudrücken, ist durch den Währungssturz in eine außerordentlich kritische, finanziell und volkswirtschaftlich schwe- rige Lage geraten, die nunmehr selbst die Natio- nalistischen vom Schloge der „Action française“ stutzig zu machen beginnt und selbst den Deutschenhasser Hervé veranlaßt hat, nach der endlichen Ver- ständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu rufen und Poincaré aufzufordern, „unter vier Augen“, also mit Ausschluß aller an- deren Mächte und Mäler den Frieden mit Deutschland herbeizu- führen.

Aber auch wir in der Tschechoslowakei hatten im zurückliegenden Jahre eine

schwere Wirtschaftskrise

durchzumachen. Ganze Industriezweige waren stillgelegt, die Hochöfen fast durchwegs ausgelöst, zahllose Betriebe aller Branchen auf Halb- oder Viertelschicht gestellt, die Insolvenzen häuften sich. Noch 1922 registrierte man 311 Kon- kurse, im Vorjahre 686. 1922 gab es 1034 Ausgleiche, im Vorjahre 2509, das in Konkurs verfallene Kapital betrug 1922 noch 83, voriges Jahr schon 201 Millionen. Das in Ausgleichsverfahren geratene Kapital bezifferte sich 1922 auf 995 Millionen, im vorigen Jahr auf 2509 Mil- lionen. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Jänner 1923 441.075 gegen 113.015 Anfang Jänner 1922. Das bedeutete eine Verdreifachung des Elends. Dabei sind die ausgesetzte- ren Arbeitslosen und jene, die wegen Nichterfüllung der behördlichen Bedingungen aus- geschlossen waren, und die gut ein Drittel der ge- samten Arbeitslosen umfassen, nicht mit- gerechnet. Wenn man bedenkt, daß die Gesamt- schiffer der in der Industrie und im Gewerbe be- schäftigten nach der letzten amtlichen Zählung 1.912.888 betrug, dann ergebe die 441.000 offiziell gezählten oder aber die wirklich 600.000 Arbeitslosen 23 bzw. 28 Prozent der Beschäftigten! Einer derartigen industriellen Reservearmee gegenüber ist das Unternehmertum Herr der Si- tuation. Das haben die Kapitalisten auch sofort begriffen und weidlich aus- genutzt. Lohnkämpfe zur Abwehr des Lohnabwärtens und zur Zurückdrängung der Angriffe auf den Acht- stundentag folgten einander in rasendem Tempo.

Die Unternehmer haben jede Gelegenheit zur Zer- störung der Arbeiterschaft und zur Erstattung verschlechterter Arbeitsbedingungen ausgeschöpft und es schließlich, wie der Unternehmersekretär Sudaß in seinem Jahresartikel erzählt, zu einer Reduktion von „b. h.“ — meinte er — bloß zwanzig bis dreißig Prozent gebracht. Und wenn Herr Dr. Sedláček wieder erklärt: „Die Aktion zur Herabsetzung der Gestehungs- kosten ist noch nicht beendet“, dann ver- steht jeder von uns sehr gut und weiß, wo man hinaus will und worauf wir uns im kommenden Jahre einzurichten haben.

Dabei ist es das betrüblichste, daß durch den Notstand

das deutsche Industriegebiet am härtesten getroffen,

das protektionistische System der tschechischen Machthaber, die tsche- chischen Gebiete, außerordentlich begünstigt wurden, wodurch die deutsche Arbeiterschaft aufs schwerste in Mitleidenchaft ge- zogen wurde.

Selbster haben sich die Verhältnisse einiger- maßen gebessert. Die Zahl der Arbeits- losen beträgt gegen das Ende des Jahres nach der amtlichen Zählung 210535, also noch immer zehn Prozent der Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe, wobei natürlich die aus öffentlichen Mitteln nicht Unter- stützen nicht mitgezählt sind. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in letzter Zeit neuerlich gesunken, zwar hat sich der inländische Markt etwas gebessert und es ist auch die Ausfuhr wieder gestiegen, aber im Berg- und Hüttenwesen, in der Keramik, Gas- und Holzindustrie ist die Be- schäftigung noch wie vor eine äußerst schlechte. In der Papier- und Lebensmittelindustrie haben sich die Verhältnisse sogar noch verschlechtert. Die sogenannte „Besserung“ besteht aber noch immer darin, daß hunderttausende Familien dem größten Elend preisgegeben sind. Wie muß es einem da zu Mut sein, wenn man in einem in der „Prager Presse“ erschienenen Artikel des Herrn Finanz- ministers Dečka liest:

„Alle Komponenten lassen vermuten, daß wir die Wirtschaftskrise überwunden haben und in le- bhaftere Verhältnisse einer ansteigenden Periode der industriellen Beschäftigung gelangen.“

Daß der Herr Finanzminister die Wirtschaftskrise überwunden hat, wollen wir ihm glauben, aber wir haben ihn ein,

in den Karlsbader Bezirk zu kommen, wo von 20.000 erwerbstätigen Einwohnern auch heute noch rund 7500, also ein Drittel, arbeitslos sind.

Wir laden ihn ein, die Verhältnisse in den Be- zirken Pilsenau und Elbogen und in anderen Be- zirken anzusehen und sich davon zu überzeugen, wie auch heute noch Entlassungen auf Entlassungen vorgekommen und ganz Schächte stillgelegt werden, weil es dort an der nötigen Beschäftigung fehlt, während man ganz offensichtlich das Wäh- rungskrisen- und andere Gebiete begünstigt. Der Finanzminister würde dann einen ganz anderen Begriff von der „Überwindung der Wirtschaftskrise“ bekommen und die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse dazu benutzen, dahin zu wirken, daß endlich mit einer Politik ge- brochen wird, die die deutschen Gebiete, vor allem aber das Bergarbeitergebiet systematisch zugrunde richtet. Unsere Partei, unsere Gewerkschaften und parlamentarischen Instanzen haben zur Milderung der Krise alles, was in ihrer Kraft stand, unternommen und sie werden ihre Pflicht auch in Zukunft tun, wenn auch jetzt gerade in diesem Gebiete von unverantwortlicher Seite gegen uns ge- geht wird, als ob wir die jebige schlimme Situation

ein englisches Kampflied. Dieser Gleichklang, der Zusammenklang zehntausender Stimmen, steigert den Eindruck bis zum Rausch, das sind nicht zehntausend einzelne Menschen mehr — das ist mehr! Das ist die Mehrheit, die vollende, kämpfende, gleiches fühlende, nach gleichem strebende; das ist die höhere Einheit. Aus der Symphonie von Orgel, Gesang und Menschenmeer formt sich der Begriff der Masse und der Macht.

Die Orgel ist verstummt. Die Menge setzt sich. Aber sofort springt sie wieder auf, um in einen minutenlangen Ausbruch auszubrechen: Macdonald und die Seinen, der Vorsitzende und die Redner des Abends bereiten den Saal. Ein neues, kurzes Lied, spontan losbrechend, fröhlich emporstürmend, grüßt sie. Sie sind die Verkör- perung des Sieges.

Der Mann von morgen.

Macdonald ist Vorsitzender. Als solcher leitet er nach englischem Brauch die Versammlung mit einer längeren Rede ein. Es ist eine richtige Programmrede. Denn Macdonald, die man of to- morrow (der Mann von morgen), wie sie ihn nennen, wird morgen Ministerpräsident des britischen Reiches sein; und als der erste Minister- präsident, der der Arbeiterpartei entsammt, hält er seine Antrittsrede hier vor der Masse, bevor er sie in die Worte der feierlichen Regierungs- erklärung leidet. Dieser Mann — vor wenigen Jahren wegen seiner mutigen Kriegsgegnerhaft verhaftet und geächtet — ist heute bei der Masse angebetet beliebt; nicht nur in England, wo die Popularität der Gefühle, die sich beim Engländer mit der Mächtigkeit des Verstandes paart, gern aus großen oder heingroßen Männern Massen- lebende Macht — nein, die ganze Welt, auch die bürgerliche, blickt heute auf Macdonald. Die Aufgabe, die er übernimmt, ist so riesengroß,

daß diese Macht einen Menschen schauern machen könnte — wenn er nichts wäre als ein Massen- liebhaber. Dieser Mann aber, der, bevor er die Macht übernimmt, zur Masse kommt und zu ihr spricht, kann diese übermenschliche Aufgabe wagen; denn er hat die Macht der Masse hinter sich.

Macdonald spricht. Wir sind so weit ent- fernt, daß man den Redner nur undeutlich sieht; aber dank der guten Akustik hört man jedes Wort. Er spricht mit Schwung und Wärme, mit schar- samen Gesten, mit der schärferen Aussprache, die den Schotten kennzeichnet. Er erinnert zuerst an die, deren Arbeit diejenige Sieg vorbereitet hat, aber denen es nicht vergönnt war, ihn zu erleben. In der Aufzählung der Aufgaben, die der Ar- beiterregierung harren, stellt er die internationale Politik, die Verständigung unter den Völkern, voran; und lauter Beifall grüßt die Absage an die alte Diplomatie, die Erwählung Rußlands und Deutschland. Der Beifall wiederholt sich, als er, auf die innere Politik übergehend, ein wirk- liches System in der Bekämpfung der Arbeits- losigkeit ankündigt, den Ruf nach „Wohnungen, Wohnungen und nochmal Wohnungen.“ erhebt — auch im „siegreichen“ England leiden die Ar- beiter unter der Wohnungsnot — und den ka- pitalistischen Kartellen, die den Wohnungskau verteuern, den schärfsten Kampf ansagt.

Die Werkstätte des Volkes.

Die neuartige Regierungserklärung vor Seiner Majestät der Masse ist zu Ende. Nun ist die Reihe an den anderen Ministern von morgen. Erst spricht Clynes, der schon einmal, während des Krieges, in der Koalitionsregierung saß. Nach ihm Thomas, der Eisenbahnführer, eine diesumstrittene Persönlichkeit, der Typus des jüngeren erfolgreichen Gewerkschafters. Minuten-

langt ... von neuem los, als Mar- garet Bonfield das Wort erhält: diese Prole- tarierin, die heute Vorsitzende des englischen Ge- werkschaftsrates ist — eines der höchsten Kenner, die die englische Arbeiterbewegung zu vergeben hat —, die zu den ersten drei weiblichen Abgeordneten der Arbeiterpartei gehört und die morgen viel- leicht der erste weibliche Minister Englands und ganz Europas sein wird — diese kleine Frau mit den lebhaften Gesten und der scharfen, energischen Stimme ist auf dem besten Wege, auch ein Massenliebhaber zu werden. Sie spricht davon, daß die Arbeiterpartei nicht nur den Namen, auch den Begriff der menschlichen Arbeit, die der Kapitalismus verflacht und zu einem mehanti- schen Zubehör entheilt hat, wieder zu Ehren bringen wolle. Und dann sagt sie ein Wort, das seinen Weg in die Herzen der Hörer findet, ein proletarisches Wort, das ihr die Masse nicht ver- gessen wird: „Wir kommen aus der Werkstätte. Wir wollen aus dem Parlament eine Werkstätte für das Volk machen.“

Noch andere sprechen: Herbert Morrison, der junge Vorsitzende der Londoner Kreisorgani- sation, der stolz auf die zweundsanzig in Lon- don eroberten Sitze derwest: Robert Smilie, der alte tapfere Vorkämpfer der Bergarbeiter und der J. L. P.; Georg Lansbury auch so ein alter Londoner Parteikämpfer, zum Schluß Arthur Henderson, der Parteisekretär der persönlich ge- schlagene Organisator des Sieges. Sie alle feiern den erregten Sieg, sie alle wollen den nächsten vorbereiten. Denn noch ist der endgültige Sieg nicht erfochten. Noch schickt sich die Labour Party an, als eine Winderbeit die Regierung zu übernehmen. Aber erst bis sie zur Mehrheit des Volkes geworden ist — erst dann steht sie wirk- lich an der Schwelle der Macht.

Oskar Pollak-London.

Die Schuld der ganzen betrüblichen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Lande liegt nicht zum geringen Teile in den außerpolitischen Verhältnissen. Die Kriegsschäden und die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise, das kampflose Festhalten an den Friedensverträgen, an der Reparationspolitik und an der westlichen Orientierung unserer gesamten Politik, die Ueberindustrialisierung unseres Landes mit natürlichen auf die Entwicklung unserer Volkswirtschaft ungünstig einwirken und tragen einen nicht geringen Anteil an dem großen Leid der Arbeiterklasse dieses Landes. Dazu kommt aber noch eine ganze Reihe von Gründen, die auf das Schicksal der Regierung zu sehen sind. Es ist das vor allem

Die unvollständige Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres Staates,

die unsere Wirtschaft systematisch zu Grunde gerichtet und benahmte an den Rand des Abgrundes gebracht hätte.

So oft wir dies beklagten, schrieb man im tschechischen Lager auf, verwies auf die zunehmende Verbesserung und Konsolidierung des Wirtschaftsebens und vor allem auf die zunehmende bessere Beschäftigung in den Betrieben. Aber die Herren mögen sich doch einmal anhören, was tschechischstämmige aktive Politiker und Volkswirtschaftler über die zunehmende Verbesserung zu erzählen wissen. Die gewesenen Minister Engliš, Schuster und Potowec kennen die jetzige Verbesserung nur als einen dem Ruhrgebiet stammenden Vorfall und nur als vorübergehende den Zustand und erklären, daß von einer definitiven Verbesserung erst dann wird gesprochen werden können, wenn sie aus der Gesundung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft erwachsen sein wird. Nach ihrer Meinung mag uns die Ruhrkrise und das Chaos in Deutschland und über die ärgste Zeit hinweggeholfen haben, in Wirklichkeit branden wir aber zur Konsolidierung unserer Verhältnisse nicht die Zerrüttung Deutschlands, sondern seine Rückkehr zum normalen Leben, die Stabilisierung der europäischen und internationalen Wirtschaft und eine vernünftige Handels- und Finanzpolitik.

Schuster, Engliš und Potowec sind sich in der Beurteilung der bisherigen Finanz- und Wirtschaftspolitik einig und lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß unsere Wirtschaft der französischen durch uns selbst verfehlt wurde, durch die wahnwitzige Deflationspolitik, die unser Wirtschaftsleben auf das Schwerste erschütterte und so die schweren Krisen, die wir im Vorjahre durchzumachen hatten, herbeiführte. Wörtlich schreibt Engliš in den „Slovák Roviny“:

Wir haben ein Jahr einer schweren, freiwilligen und darum zum größten Teil überflüssigen Krise mitgemacht. Niemand, außer einigen Schuldeflationisten, denkt an weitere Experimente.

Engliš meint, daß schon die bisherige kurze Periode der Stabilisierungspolitik des Parlamentes die Wirtschaft ein wenig ins Gleichgewicht gebracht und das Unternehmungsgeist beruhigt hat und daß wir daher vor allem einen grundlegenden finanz- und handelspolitischen Plan benötigen. Schuster verlangt, daß wir uns Oesterreich und Deutschland gegenüber umorientieren. Potowec warnt vor der Fortführung der bisherigen Politik welche eine Politik der Absicherung war, er verlangt eine enge wirtschaftliche Annäherung an die Nachbarstaaten, Polen und Rußland, und erklärt: „Es ist die höchste Zeit, daß wir die ganze jetzige Wirtschaftspolitik mit ihren Ergebnissen verabschieden“. Und darum müssen wir rechtzeitig Einsicht fassen, denn wir sind, wie Herr Dr. Engliš in seinem Jahresbericht darlegt, noch immer nicht am Ende der wirtschaftlichen und finanziellen Krise, deren Folgen einzig und allein die arbeitenden Menschen dieses Staates zu tragen haben.

Ein Rückblick auf das Kampffeld der Arbeit zeigt uns Tausende von vernichteten proletarischen Klassen, die das Opfer der chaotischen wirtschaftlichen Verhältnisse und des mitten darin unternommenen konzentrischen Ansturms des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse geworden sind.

Und nun zu einigen Fragen, die unser innerpolitisches Leben betreffen. Da ich erst kürzlich Gelegenheit hatte, über die Innenpolitik dieses Staates zu sprechen, eine genaue Analyse dieses Staates und seines jetzigen Regierungssystems zu geben, unsere Stellung zum Staate und unsere Forderungen an ihn, unser Verhältnis zu den übrigen deutschen Parteien eingehend zu erörtern, werden Sie mir wohl gestatten, wenn ich hier von einer neuerlichen Darstellung aller dieser Fragen Abstand nehme.

Nur eines lassen Sie mich hier feststellen: Daß die innerpolitische Situation seit Jahren nicht so verworren gewesen ist, als gerade in diesem Augenblick.

Im Koalitionsgebäude steht nicht mehr ein Stein auf dem andern.

Der Präsident der Republik demonstriert gegen die führende Koalitionspartei und einen ihrer höchsten Funktionäre. Er lehnt den Einsatz eines der Kammerpräsidenten ab. Das Parlament ist in diesem Augenblick aktionsunfähig der Senat steht vor der Kontinuitätsergung ein'ger terminierter Vorlagen, weil der Senatspräsident nicht werden will, die Partei des Ministerpräsidenten ihn nicht werguschaffen vermag und erst nach wochenlangen Ueberlegungen den Fall zu prüfen beginnt. Die Koalitionsparteien stehen untereinander im wüsten Kampf. Die Koalition wackelt — Genosse Dr. Politischer verzeihe mir das harte Wort — im

Epitaph.

Eine Koalitionspartei ist der Annahme von drei Millionen Spiritus d überführt, von den andern Koalitionsparteien an den Pranger gestellt und in schwerster Auseinandersetzung mit ihnen. Die führenden Blätter stehen miteinander in einer regelrechten Schlägerei. Und mitten in diesem widerlichen Korruptionschlamm ein wüster Gezank. Die Nationaldemokraten im Kampfe gegen die offizielle Politik des tschechoslowakischen Staates, des Präsidenten Masaryk und des Außenministers Beneš, die „Narodni Listy“ in der Attacke gegen die tschechisch-sozialdemokratischen Funktionäre der böhmischen Landesverwaltungskommission.

Die weitere Entwicklung der Verhältnisse läßt sich nicht voraussagen. Das Bild wechselt kaleidoskopartig von einem Tag auf den andern und gestaltet sich infolge der sich immer mehr übersetzenden, spannen den Ereignisse immer dramatischer. Unsere Pflicht ist es, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf diese für die sozialistische Wirtschaftsordnung und den kapitalistischen Staat typischen Erscheinungen zu lenken und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen, gleichzeitig aber auch die weitere Entwicklung für die Zwecke der Arbeiterklasse nutzbar zu machen. Was an uns liegt, um einen Auflösungsprozeß dieser Gesellschaft zu beschleunigen, wird naturgemäß im weitesten Maße geschehen.

Und nun lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige weitere Fragen erörtern. Ich stelle den

Kampf um das französische Bündnis

voran. Es hat weit über die Grenzen unseres Landes hinaus das größte Aufsehen erregt, in unserem Lande aber auch einen sehr lebhaften Meinungsstreit hervorgerufen, wobei wir leider wieder in neue Differenzen mit den tschechischen Genossen geraten sind.

Die tschechischen Genossen sehen die Gegenläufe, die aus der verschiedenen Beurteilung des französischen Bündnisvertrages zwischen uns und ihnen erwachsen sind, wieder auf das Konto unserer angeblich grundsätzlichen negativistischen Politik, die uns für alles, was in diesem Staate geschieht, blind mache. Sie berufen sich auf das Zeugnis des Berliner „Vorwärts“ und des schwedischen „Socialdemokraten“ und stellen die angeblich objektiven und nüchternen Betrachtungen dieser beiden Blätter den unserigen gegenüber; aber die tschechischen Genossen müssen schon gestatten, daß auch wir das Recht, unsere Politik selbständig zu machen, ebenso für uns in Anspruch nehmen, wie sie dies seit Jahr und Tag für sich verlangen. So oft ihnen vom Ausland Vorkalkulationen über ihre Politik in diesem Staate gemacht wurden, haben sie diese Vorkalkulationen unter Berufung auf die ungenügende Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse abgelehnt. Das gilt in diesem Fall sowohl vom schwedischen Zentralkomitee als auch vom Berliner „Vorwärts“, welcher keine ganze Betrachtung völlig aus der reichsdeutschen Perspektive angestellt hat und aus der von uns schon so oft bemängelten, auf einseitigen Informationen beruhenden, Beurteilung der tschechischen Verhältnisse zu unrichtigen Schlüssen gekommen ist. Wollten wir den tschechischen Genossen mit gleicher Münze heimzahlen, brauchen wir ihnen nur die Urteile der anderen sozialdemokratischen und ebenso sozialistischen Parteien über den Bündnisvertrag vorzuhalten. Etwa das Urteil der mit dem tschechischen Staat so eng befreundeten polnischen Partei, und zwar nicht ohne der polnischen Partei in der tschechoslowakischen, sondern auch der P. P. S., deren Krakauer Zentralorgan „Naprzód“ ein geradezu vernichtendes Urteil über den Bündnisvertrag gefällt hat. Dieses Urteil abzubringen, haben die tschechischen Genossen bisher unterlassen. Das wollen wir uns lieber dem Bündnis selbst zu.

Unser Standpunkt

zum tschechoslowakisch-französischen Bündnis war von der ersten Minute an klar und durchaus sozialistisch. Er ergab sich aus den Beschlüssen unseres Parteitag und internationaler Kongresse, die alle Allianzen rundweg verwerfen und Militärkonventionen stets als schädlich ablehnen. Er ergab sich auch aus dem Inhalt dieses Vertrages selbst in seinem vom karolischen Temps wocergegebenen und von der offiziellen tschechischen Presse übernommenen Wortlaut. Schon die Tatsache, daß durch dieses Bündnis die Verkalkulation der Friedensverträge gesichert werden soll, würde genügen, um unseren schärfsten Widerstand gegen das neue Bündnis herauszufordern.

Alle Welt bis auf das offizielle Frankreich und die Tschechoslowakei war ja darüber einig, daß die Friedensverträge der ganzen zivilisierten Menschheit zum Fluch und zum Verderben geworden sind und unbedingt beseitigt, zumindest aber revidiert werden müssen. Die Sozialisten aller Länder haben auf dem Hamburger Kongress ausgesprochen,

daß die Friedensverträge die wirtschaftlichen Notwendigkeiten verweigern und dadurch die Krise verlängern und verschärfen, den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gehemmt haben. Sie haben über die besiegten Länder Unsicherheit und die ständige Bedrohung durch neue Gewalttaten verhängt, sie haben damit ihren Kredit zerstört, die Ordnung ihrer Staatsfinanzen und ihres Geldwesens aufs Äußerste erschwert. Massenverelendung in den besiegten Ländern durch unaufhaltsam fortschreitende Entwertung des Geldes, in den Siegerländern und in den neutralen Ländern durch Zerrüttung des Geldmarktes, durch den Verlust der Arbeitsmärkte, durch Arbeitslosigkeit und Verelendung, gewalttätiger Uebermut im

Lager der Sieger und haßerfüllte Rachege danken im Lager der Besiegten, friedensfeindlicher Nationalismus bei den einen wie bei den andern, — das sind die Ergebnisse der imperialistisch-militaristischen Ueberspannung des Kapitalismus, maßloser Protektionismus, der die einzelnen Völker wirtschaftlich gegen die Wirkung des Zusammenbruchs zu schützen wähnt, baskanisiert auch wirtschaftlich das politische zerfallene Europa und vergrößert dadurch die Katastrophe.

Was ist unter solchen Umständen selbstverständlicher, als daß wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jede Abmachung wenden, die durch ihr Streben nach Aufrechterhaltung der Friedensverträge diesen traurigen Zustand Europas und seiner Arbeiterklasse verlängert. Nehmen wir noch hinzu, daß die ohnedies jetzt schon unter Kommando französischer Generale stehenden Generalstäbe der beiden Staaten miteinander in ständiger Fühlung zu verbleiben haben, dann genügt dies vollständig, um den bedrohlichen Charakter dieses Bündnisses zu kennzeichnen und unsere schärfste Abwehr herauszufordern. Davon, daß die Methoden, nach welchen der Vertrag zustande kam, abgeschlossen und der politische Welt intimiert wurde, mit der Demokratie nichts zu tun haben, und der so oft feierlich verkündeten Kampfsache gegen die Geheimdiplomatie direkt ins Gesicht schlagen, will ich lieber nicht reden.

Der Bündnisvertrag hat sofort nach seiner Verkündung durch den „Temps“ ungeheuren Staub in Europa aufgewirbelt. Wie von einer Lawe gestochen, haben die großen Verbündeten Frankreichs aufgeschrien, ein Sturm der Entrüstung ging durch die gesamte englische Presse, und ein ähnlicher Aufschrei kam auch aus Italien, welches in Vorahnung der kommenden Ereignisse einem Bündnisvertrag mit Spanien die Wege gebahnt hatte. Auch in Polen, wo es man am liebsten schon längst in den Arzen der kleinen Entente eingeklammt hätte, löste der Bündnisvertrag die lebhafteste Entrüstung aus. Treffend charakterisierten die nationaldemokratischen „Slovák Roviny“ die Situation in einem Artikel unter der Ueberschrift „Ztracená rovnováha“ (Das verlorene Gleichgewicht).

Die Herren um Beneš sind, als sie sahen, daß alles um sie sich herum brante, ordentlich erschrocken und begannen langsam einzusehen, in welcher peinliche Situation die Tschechoslowakei durch den Vertrag mit Frankreich geraten sei. Aber es gibt kein „Jurid“ mehr und darum wird bereits Himmel und Hölle aufgetobt, um die alten guten Beziehungen der Tschechoslowakei zu England, Italien und Polen wiederherzustellen. Um England zu beruhigen, soll Beneš demnächst nach London gehen. Gleichzeitig wird die Presse des gesamten Kontinents mit Beschwichtigungsaufträgen übersät, welche einen Stimmungsumschwung in diesen Ländern herbeiführen sollen. Und auch die offiziöse und eklektische Koalitionspresse schreibt sich die Hände wund, um das französische Bündnis in möglichst harmlosem Lichte erscheinen zu lassen. Es sei, schreibt man, nichts als ein Defensivbündnis, als ob jemals die vertragschließenden Teile selbst von den aggressivsten Militärkonventionen etwas anderes behauptet hätten. Die feinerzeit zwischen Oesterreich, Deutschland und Italien abgeschlossene Tripelallianz wurde ebenso als Defensivbündnis ausgegeben, wie der ein'ge Jahre später abgeschlossene französisch-russische Zweibund. Als Oesterreich im Jahre 1879 den Bündnisvertrag mit Deutschland abschloß, behauptete es, sich dadurch gegen das sich vorbereitende russisch-französische Bündnis schützen zu müssen. Damals sagte Andraßy zur Verteidigung dieses Defensivbündnisses: „Gegen ein französisch-russisches Bündnis ist der natürliche Gegenpart ein österreichisch-deutsches“. Und zehn Jahre später kam als Antwort auf das österreichisch-deutsche Bündnis der russisch-französische Zweibund.

Man kann es in der „Prager Presse“ nachlesen, daß der neue französische Bündnisvertrag die Respektierung internationaler Verpflichtungen anspricht, daß er zu einem europäischen Garantepakt im demokratischen Geist führen, eine ständige friedliche Zusammenarbeit der Völker sichern und die Rekonstruktion Europas herbeiführen solle. Das hat aber auch im Jahre 1887 nach Erneuerung und Befestigung der Tripelallianz Bismarck dem italienischen Premier Crispi bei einem Besuch in Friedrichshagen gesagt, als er ihn dahin apostrophierte: „Wir haben Europa einen Dienst erwiesen.“

An Pfaffen und schönen Worten von der Erhaltung der Neuen Ordnung, von dem gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, von der Zusammenarbeit im Völkerverbund usw. hat es bei derlei Anlässen niemals gefehlt. Wer erinnert sich nicht da an die schönen Worte, mit denen die zwischen dem russischen Zar Alexander I., dem österreichischen Kaiser Franz und dem preussischen König Wilhelm III. im Jahre 1815 abgeschlossene heilige Allianz eingeleitet wurde, in welcher sich die drei Monarchen gegenseitig als Brüder zu bezeichnen und zu unterstützen und auch ihre Völker in demselben Geiste der Brüderlichkeit als Väter einer Familie zu regieren verpflichteten und in der sie den Völkern empfehlen, sich täglich mehr in der Uebung der christlichen Pflichten — der christlichen Religion gemäß — zu bestigen. Mit schönen Worten, die man auch damals nicht geklagt. Und wenn in der offiziellen Presse vor allem darauf verwiesen wird, daß der Abschluß des Bündnisses schon deshalb notwendig gewesen sei, um Europa endgültig vor der Habsburger- und Hohenzollern-Restauration zu bewahren, dann verweisen wir darauf, daß es auch ohne Abschluß eines formellen Bündnisses möglich gewesen ist, die

Habsburger aus dem Lande zu jagen, als sie sich einmal zur Wiederherberung ihrer Macht anschickten. Die Begründung, die Herr Beneš seinem ganz unverständlichen Schritte zu geben bemüht ist, vermag also schon bei oberflächlicher Ueberprüfung nicht.

Es ist aber auch dieser Schritt, der für unser weiteres Schicksal die weitreichendsten Konsequenzen im Gefolge haben kann, mit der bisherigen Politik des Außenministers auch nicht im entferntesten in Einklang zu bringen.

Schon in den früheren Jahren sind immer und immer wieder Gerüchte über eine

Militärkonvention

zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei aufgetaucht, das einmal ging sogar — und zwar auf Grund des am 28. Oktober 1918 abgeschlossenen und am 22. November 1919 ergangenen tschechisch-französischen Vertrages durch die Presse. Ein andermal hatte der Abgeordnete Anrich im tschechoslowakischen Parlament die Einzelheiten eines angeblich früher abgeschlossenen französisch-tschechischen Militärkonventionen bekanntgegeben. Immer wandte sich Minister Beneš mit großer Entschiedenheit gegen diese und ähnliche Angaben und erklärte in feierlicher Weise, daß er mit keinem Staate, also auch nicht mit Frankreich, eine Militärkonvention abgeschlossen habe, daß Verträge ähnlicher Art daher nicht bestehen und daß derartige Vereinbarungen seiner ganzen bisherigen Politik widersprechen würden.

Als dem Minister einmal vorgeworfen wurde, daß er eine französische Politik mache, antwortete er in seinem Exposé am 23. Mai 1922:

„Die tschechoslowakische Republik antwortet auf die angeführten Anwürfe, wie auf die früheren, sie mache eine tschechoslowakische Politik.“

Und noch in seinem Exposé vom 30. Jänner 1923 meint der Herr Minister:

„In den letzten vier Jahren haben wir uns bereits eine Tradition unserer auswärtigen Politik geschaffen und sehr genau unser Verhältnis zu unseren Nachbarn, ferner unser Verhältnis zu den Freunden in der kleinen Entente und zu Frankreich, unter Verhältnis zu Italien, England und zu Polen formuliert.“

Ich bin der Meinung, daß diese Außenpolitik sich in der Zeit unserer Nachkriegsjahre vollkommen bewährt hat und daß wir in der heutigen kritischen Situation, wo wir nach rechts und nach links blicken, ob nicht irgendwelche Konjunkte bestehen, klar betonen müssen, daß absolut kein Grund besteht, daß in unserer bisherigen Politik irgend etwas sich ändere. Wir gehen und werden dieselben Wege gehen, wie wir bisher gegangen sind. Mit allen unseren Verbündeten aus der Kriegszeit verbinden uns dieselben Bande der Sympathie und Freundschaft.“

Dieser Politik widerspricht der neue Bündnisvertrag auf das Kräftigste. Unser ablehnender Standpunkt ist also von selbst gegeben.

(Schluß folgt.)

Inland.

Spiritus und kein Ende.

Die Spiritusaffäre wackelt immer wieder neuen Staud auf. Der gestrige Tag brachte drei Rundgebungen zur Spiritusgeschichte.

Der Vollzugsausschuß der tschechischen Nationalsozialisten

hat es für besonders notwendig erachtet, den kompromittierten Parteifunktionären Zuzeh, Stahny und Sahl das volle Vertrauen auszusprechen. Der Vollzugsausschuß hält es weiter für unehrenhaft, daß man die nationalsozialistische Partei wegen einer Anteihe an ein Unternehmen, mit dem die Partei nichts zu tun hat, angreift. Der Vollzugsausschuß hält es aber geradezu für unvollständig, daß diese Angriffe von einer Partei ausgehen, die ein Glied der Koalition bildet. Die Vertreter der Partei haben von der Anteihe für das Kino Louvre nichts gewußt. Die Gelder der Spiritusbrenner wurden verteilt und nach dem möge man forschen, aber die Gelder des Herrn Kabela sind eine Anteihe, welche verächtlich wurde, also nichts Geheimnis darstellend. In der ganzen Kampagne wurde nichts bewiesen, was auch nur einen Schatten der Korruption auf unsere Partei werfen würde. Es ist dies ein Beweis, wie leichtsinnig bei uns Affären hervorgerufen werden.“

Eine kommunistische Rundgebung.

Der Vollzugsausschuß der kommunistischen Partei erklärt die gegen die Kommunisten im „Ceske Slovo“ in der Spiritusaffäre erhobenen Beschuldigungen für unwahr und macht weiter den tschechischen Nationalsozialisten den Vorschlag, Pradel im Senat seines Amtes zu entheben, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen und gegen ihn die Strafanzeige wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und politischer Bestechung zu überreichen. Weiter fordern die Kommunisten die Errichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, in der die oppositionellen Parteien im bestenfalls die Hälfte der Mitglieder inne hätten. Zum Schluß wird die Durchführung einer Revision in der „Genossenschaft landwirtschaftlicher Spiritusbrenner“ verlangt.

Eine Verammung der tschechischen Sozialdemokraten.

In einer im „Slovák Roviny“ stattgefundenen Versammlung sprach der Vizepräsident des Senats

Die Sozialversicherung im Parlament.

Beginn der Generaldebatte im sozialpolitischen Ausschuss.

Am gestrigen Tage wurde die Beratung der Sozialversicherung im Plenum des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses mit der Ablehnung der Generaldebatte begonnen. Das Ministerium der tschechischen Sozialdemokrat Dr. Winter, dessen Ausführungen wir morgen wiedergeben werden.

Herauf gab Minister für soziale Fürsorge Paberman

Am gestrigen Tage wurde die Beratung der Sozialversicherung im Plenum des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses mit der Ablehnung der Generaldebatte begonnen. Das Ministerium der tschechischen Sozialdemokrat Dr. Winter, dessen Ausführungen wir morgen wiedergeben werden.

Die erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung erwarten ihre Gesetzgebung mit Interesse und begreiflicher Ungeduld.

Die Regierung beharrt auf der Erhaltung der Prinzipien und Grundsätze, auf denen die vorliegende Vorlage aufgebaut ist. Diese Prinzipien sind:

Verpflichtung für den Fall der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, wie sie bisher durch das Gesetz über die Krankenversicherung festgelegt war. Der Gehalt der Versicherung soll durch Invalidität und Alter entstandenen Arbeitslosigkeit, Versicherung nicht auf eine Art, die den Charakter einer Armenversicherung tragen würde. Die Versicherung beruht auf dem Grundsatz des Gesetzes, sie ist also Pflicht und nicht freiwillige Versicherung.

Der Minister bespricht sodann einige Einzelheiten der Vorlage unter Berücksichtigung sozialpolitischer Ausschusses ist es, die Vorlage unter Berücksichtigung ihrer Prinzipien durchzuführen und zu vervollständigen. Die Regierung wird die Arbeiten des Ausschusses verfolgen und ist bereit, ihre Hilfe und ihre Unterstützung der Beschäftigten zu gewähren. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat zu diesem Zweck

ein besonderes Amt mit der Vorbereitung der Sozialversicherung betraut, dessen Chef Universitätsprofessor Dr. Schönbaum bei den Beratungen des Ausschusses für das Ministerium zugegen sein wird.

Auch die anderen Herren der Sachkommission, die unter dem Vorsitz Dr. Winters den Gesetzesentwurf aufarbeiten, die Herren Dr. Stráčil, Dr. Hendrich, Dr. Galas und Dr. Prábrlec habe ich um ihre Teilnahme an den Beratungen des Ausschusses ersucht, sagte Paberman.

Der Minister wünscht dem Ausschuss zu der wichtigen, anstrengenden und großen Arbeit viel Glück und spricht die Hoffnung aus, daß die Arbeiten so fortschreiten werden, daß die Vorlage in kürzester Zeit auf die Tagesordnung der Nationalversammlung gestellt werden kann, um die Kräfte für die Vorlage der Sozialversicherung der selbständigen erwerbstätigen Personen, der Reform der Pensionsversicherung, der Versicherung der Personen über 60 Jahre — für die das Abgeordnetenhaus einen Betrag von 130 Millionen Kronen bewilligte — freizumachen.

Über die Bedeutung dieser großen sozialpolitischen Arbeiten herrscht in der öffentlichen Meinung kein Zweifel. Seit dem Jahre 1904 vertritt man den wirtschaftlich schwachen Schichten die Alters- und Invaliditätsversicherung und seit dieser Zeit ist sie auch in der Mehrheit der europäischen Staaten durchgesetzt oder in Durchführung begriffen. Sie war auch im Programm aller bisherigen tschechischen Regierungen. Der Minister betont, daß die jetzige Regierung durchdrungen ist vom festen Willen, den gesamten Komplex der bisher gehörigen Gesetzgebungsprojekte zu beraten und sie Gesetz werden zu lassen.

Die Sozialversicherung ist eine Aufgabe, die erfüllt werden muß.

bergeschlagen, teils aufgeregt und empört lärmend, eine Zeit das Haus umgarn und dann sich wieder in die umliegenden Gassen zerstreuen. Fragt man die Kinder nach dem Grunde ihres Verhaltens, so erklärt man die Antwort: „Wir dürfen nicht in die deutsche Schule gehen!“ Geht man diesen Dingen nach, so wird man Mitarbeiter eines Kulturkandals, wie er ärger und krasser nicht sein kann.

Es sind die Kinder deutschfreundlicher Eltern, denen durch den Nachspruch des dortigen Stadt-Paschas, des Regierungskommissärs Tesaf der Besuch der deutschen Schule mit der Begründung verboten wurde, daß sie tschechische Kinder seien. Es hat also der Herr Tesaf die Macht für sich in Anspruch genommen, das Kinderrekordationsverfahren, das bisher eine Sonderheit während gewesen ist, schlangweg auf

zu übertragen. Man möchte meinen, daß in einem Rechtsstaat die höheren Aufsichtsbehörden sofort gegen eine solche im Gesetz überhaupt nicht begründete Verfügung einschreiten würden. Weit gefehlt! Der Landesinspektor in Troppau hat auf die gemeinsame Beschwerde, die die Eltern der 126 Kinder eingebracht haben, die Entschädigung des Herrn Tesaf für 80 Kinder zu bestätigen geahndet. Nunmehr ging aber die Beschwerde an das Schulministerium. Dieses aber schweigt seit November vorigen Jahres und keine Macht der Erde bricht dieses Schweigen. Inzwischen aber hat Herr Tesaf, obwohl allen diesen Beschwerden nach den schlesischen Gesetzen die aufschwebende Wirkung zulohnt, den Lehrern der deutschen Schulen unter Androhung von Disziplinarstrafen verboten, die Kinder weiter in der Schule zu unterrichten. Die Folge davon ist, daß

die Lehrer, durch diese Drohung eingeschüchtert, jeden morgen die Kinder wieder aus der Schule weisen müssen. So sind die Kinder seit Oktober ohne jeden Unterricht, denn die tschechischen Schulen, in welche Tesaf sie zwingen will wollen sie auf keinen Fall besuchen.

Ist dies nicht ein Dohn auf unsere, alle Nationalitäten gleichstellende Verfassung? Warum wird das Einbringen tschechischer Kinder in tschechische Schulen von den Behörden so kräftig unterstützt? Warum geht man geradezu darauf aus, die tschechischen Kindererziehungsschulen mit deutschen Schulkindern füllen zu lassen, wodurch sich — wie gerade jetzt von deutscher Seite nachgewiesen wurde — der ungewissen Zustand ergeben hat, daß tschechische Kindererziehungsschulen, als Schulen, die für die tschechische Minderheit da sind der Mehrzahl nach von deutschen Kindern besucht werden? Der Grund hierfür ist sehr einfach: Die entzogenen Kinder sollen den vollkommenen Anlaß bieten, deutsche Schulen und Klassen zu sperren. So hat auch Herr Tesaf in Troppau, nachdem er die 126 Kinder ausgeschult hat, sofort 2 deutsche Schulklassen eingerichtet, ohne ein Recht zu einer solchen Verfügung zu haben. Das ist jetzt die tschechische Drohungsgesetzgebung nur dem Vorherrschen des Landesquartals überläßt; dieser aber wagt es nicht, gegen seinen allmächtigen Konkurrenten auch nur einen Finger zu erheben; ebensowenig das Ministerium. Was Wunder, daß Herr Tesaf sich ob dieser Ohnmacht seiner Aufsichtsbehörden ins Häusliche legt und natürlich macht, was er will. Die Eltern aber müssen mit Erbitterung zusehen wie in einem Rechtsstaat ein solcher Pascha seine ihm ungezügelterweise zuerkannten Befugnisse — die Regierungskommission in Troppau hätte schon längst durch die ordnungsmäßige Vornahme der Gemeindevahlen aufgelöst werden können — mißbraucht. Hier aber müssen gerade wieder die Deutschen als Wächter der beherrschenden Autorität auftreten, indem sie die erbitterten Eltern mit Anbiederung aller Kräfte vor unbesonnenen Schritten gegen diesen Regierungskommissar zurückhalten.

Musland.

Parteitag der Sozialdemokratischen Thüringens.

Der ordentliche Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Thüringens, der am Sonntag zum Parlament, gab ein Bild von Ennütigkeit und Geschlossenheit. Der Parteitag sprach zunächst dem verhassten Innenminister Genossen Herrmann das Vertrauen aus. In einer weiteren Entscheidung wird scharfster Protest gegen den Ausnahmezustand erhoben und der Abzug der Reichswehr aus Thüringen gefordert. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie den sofortigen Zusammenritt des Reichstages veranlaßt und sich bemüht, durch eine Entschädigung des Reichspräsidenten den Ausnahmezustand aufheben zu lassen. Außerdem forderte der Parteitag scharfste Opposition gegen die Regierung Marx-Strucmann, Störung der Republik, Fortsetzung des Kampfes um den Reichspräsidenten, eine soziale Prelepolitik und Löhne bezug. Schätzer, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, ferner eine Verständigungspolitik. Über die Landtagswahlen referierte Genosse Dr. Kell, über die Reichspolitik Genosse Dreitscheld. Beide Referate wurden ohne Ausfrage entgegengenommen. Auch die Ausstellung der Kandidaten zur Landtagswahl erfolgte in fast reißender Ennütigkeit.

tes Dr. Soukup, der erklärte, daß es Sache aller kollektiven Parteien ist, eine Atmosphäre zu bilden, in der eine totale Zusammenarbeit möglich wäre. Während die Rede Soukups sehr zurückhaltend war, wies die Rede Stivins einen schärferen Ton auf. Er erklärte, Prolet könne nach all dem, was geschehen sei, nicht mehr Vorsitzender des Rates de von dies sei die Ansicht der ganzen Nation. Es sei die Frage, ob der durch eine Verordnung ins Leben getretene Spiritusvertrag überhaupt rechtmäßig sei und ob der Vertrag nicht durch ein Gesetz rechtlich geschaffen werden müsse. In den Anzügen des „Casse Slovo“ bemerkte St. v. n.: „Wir fordern die Verrechnung des Proletentums, damit klar werde, wo der Fond verwendet wurde. Wir fürchten uns vor der Verrechnung nicht, unsere Hände sind rein, unsere Praxi hat keinen Fleck genommen.“

Was die slowakische Spiritusgesellschaft anlangt, so führte St. v. n. aus, daß es sich hier um 2.555.000 Kronen gehandelt habe, welche ein aus Vertretern aller slowakischen Parteien zu sammengesetzter Komitee unter der Leitung von Dr. St. v. n. als „Casse Slovo“ gegründet wurde. Das Komitee hat den Spiritushandel zu einem übernehmenden Gewinn ergiebt. Gegen die Absicht, diesen Fond unter den politischen Parteien zu verteilen, sei der sozialdemokratische Abgeordnete P. v. n. aufgetreten, auf dessen Drängen dieses Geld an kulturelle Institutionen verteilt worden sei.

„Allgemeine Genossenschaftsbank“.

Bekanntlich hat das „Casse Slovo“ die tschechisch-sozialdemokratische „Allgemeine Genossenschaftsbank“ beschuldigt, daß sie aus dem Spiritusgewinn ohne irgend ein Geschäftszweck einen Jahresgewinn von sechs Millionen Kronen ziehe. Die genannte Bank hat nun dem verantwortlichen Redakteur des „Casse Slovo“ eine Berichtigung geantwortet, worin die einzelnen Behauptungen des Casse als unwehr bezeichnet werden. Nach dieser Berichtigung sei es nicht wahr, daß die Bank ein Unternehmen ist, deren Hauptzweck die Kommunisten inne hätten, sondern, daß der Verwaltung- und Aufsichtsrat der Bank aus Vertretern der Genossenschaft und Nachbarorganisationen zusammengesetzt ist und daß die Leitung ausschließlich in den Händen von Beamten liegt, die von den Genossenschaftskorporationen eingesetzt sind. Es ist weiter nicht wahr, daß der Sekretär Haas einen Vertrag mit den Spiritusbräuern verhandelt und abgeschlossen hat, auf Grund dessen der Allgemeinen Genossenschaftsbank eine Quote an dem Gewinn vom gesamten Spiritusgewinn in der Republik gebührt wird, wahr ist hingegen, daß Haas für die „Allgemeine Genossenschaftsbank“ in Prag keinen solchen Vertrag abgeschlossen hat, und daß ein solcher auch nicht existiert. Weiter ist nicht wahr, daß die „Allgemeine Genossenschaftsbank“ ohne jedes Geschäftszweck aus dem Spiritusgewinn einen Jahresgewinn von sechs Millionen Kronen beziehe, sondern es ist vielmehr wahr, daß die Bank nach ihren Statuten mit Waren nicht handeln darf und nicht handelt, auch mit Spiritus nicht, und aus dem Spiritusgewinn, besonders dem Spiritus, keinen Gewinn bezieht.

Ein unerhörtes Schulverbot.

Die Willkür des Troppauer Schulpaschas Tesaf. In Troppau (Oberschlesien) kann man am Morgen fast eines jeden Schultages Zeuge von merkwürdigen Vorgängen sein, die sich vor dem Gelände der deutschen Volk- und Bürgerschule abspielen. Man sieht vor Beginn des Unterrichtes eine Menge von Kindern, vollständig zum Schulbesuch ausgerüstet, in das Schulhaus treten, nach kurzer Zeit wieder das Haus verlassen, teils nie-

Rosa Luxemburg.*)

Zur Gedächtnis an die Vorkämpferin und Revolutionärin, die am 15. Jänner 1919 von den Schergen der Konterrévolution hingerichtet wurde, veröffentlichten wir nachstehenden Aufsatz, der uns von dem großen Menschen Rosa Luxemburg näher kommen, sie noch glühender verehren lehrt.

Sieht man über die ersten geschäftlichen Briefe hinweg (so wichtiges Material sie auch für Parteigeschichte bieten), sieht von Einzelheiten ab, die störend empfunden werden (Vorliebe der russischen Studentin für Zitate, Fremdwörter, billige Berliner Reden), steigt rein und schön das Bild der Frau auf, wie wir sie aus den Briefen an Sonja Liebknecht kennen und lieben. Geheimnisvolle Mischung weltlicher, kindlich-poetischer Art und der glühenden Freiheitskämpferin, die „das Gottesvoll“ hinstreift, wohin gewaltig-drängende Wissenschaftstüme sie treibt, Dämonion, dem sie unterworfen ist. Es „hat sie gewählt“. Immer wieder, aus Unbewußtem aufwärts Gedankens: „Aber ich muß doch jemanden haben, der mir glaubt daß ich nur aus Versehen im Strudel der Weltgeschichte herumkreise, eigentlich aber zum Götterthron geboren bin.“ „Das Leben spielt mit mir ewiges Schach. Mir scheint es immer, daß es nicht in mir, nicht dort ist, wo ich bin, sondern irgendwo weit.“ Reizend schert sie frühe Morgenröte auf dem väterlichen Hofe. Das Kind schleicht ans Fenster, trägt h'n'us: „Tatmalz glaube ich fest, daß d's „Leben“, das „richtige“ Leben, irgendwo weit ist, dort über die

* Rosa Luxemburg Briefe an Karl und Luise Kautsky (1893-1918). Herausgegeben von Luise Kautsky, Langsiger Verlag, Berlin.

Dächer hinweg. Seitdem reißt ich ihm nach. Aber es verliert sich immer hinter irgendwelche Dächer. Am Ende war alles ein freibühniges Spiel mit mir und d's wirkliche Leben ist gerade dort im Hofe geblieben? „Weißt Du, welcher Gedanke mich verfolgt und ängstigt? Ich stelle mir vor, daß ich wieder in einen überfüllten Menschenhaufen, daß auf mich das grelle Licht, das Stimmengewirr der Menge eindringen. . . . Wenn ich aber wieder bei Euch bin, dann nimmst Du mich, wie üblich, in Dejnem großen, tiefen Sessel auf den Schoß, ich vergrabe meinen Kopf an Deiner Schulter und Dein Spiel ans die Mondscheinsonate oder den zweiten Teil der Bach'schen vor. Dann wird alles wieder gut.“

Von dieser, im Innersten schmerzlichen Frau, die Ueberfülltheit hinter der „Krautbürste“ verbirgt, strömt jene mitreißende Lust aus, die sie zur Revolutionärin und Märtyrerin vorbestimmt. Alles geht ihr zu langsam, ist zu langsam, zu langsam. . . . Kreuzhagedornenerweiter, ich würde die Leute ganz blau und braun wachrufen! . . . Sie rät der Freundin, noch einige Zeit im Sünden zu verweilen: „Du hast dort Sonne, Ruhe und Freiheit — die schönsten Dinge im Leben (ausgenommen Sonne, Sturm und Freiheit). . . . „Es war immer so“ — es wird schon von selbst gehen“ — ich hasse eine solche Philosophie und bleibe dabei, daß man sich lieber in den Rheinfall stürzen und in ihm wie eine Nusschale untergehen muß, als ihn mit welchem Kopsknallen weiter rutschen zu lassen, wie er zu unserer Unruhe Zeit gerannt hat und noch unruhig wird.“

Arbeit und Leben, Freundschaft, Kunst und Natur — alles kommt über sie wie vergehende Flamme. „Glaubst Du, ich habe das Buch noch im geringen im Sinne? Das war d-mals wie ein Raub, es ist es für mich — von Anfang bis Ende ist es die erste Niederschrift, die ich ungeschaffen in Trud gab.“ So „träumt“ sie eine Zeitlang vom Morgen bis Abend vom Malen (Traum

wird Tat), so paßt sie die Leidenschaft für Botanik. Während vier Monaten streift sie auf den Feldern herum, sucht Pflanzen, ordnet und bestimmt sie zu Hause. „So muß ich immer etwas haben, was mich mit Haut und Haar verhängt.“ — Wie verliert sie Freundschaft zu halten! In jedem Augenblick ihres Daseins, mitten im Paradies, wie in der stillen Gefängniszelle, hängt ihr Herz mit tausend Fäden an allen Ecken der Welt fest, verstreut sie sich in Sorge um andere. „Erlebnisse Dich nicht nur die G. — sie war gefährlich krank. — Sehr, sehr erfreut hat mich die Nachricht, daß Du mit Maria wieder im Briefverkehr siehst. Sie braucht jetzt dringend Menschengüte und Herzgenüß. — Dringliche Mahnung, Frau K. nicht zu vergessen (sie möchte Aufsichtsdame bei Wertheim werden). — B. wartet auf Dich natürlich wegen der Entscheidung über den Bildungsförderposten.“ — Immer wieder schmerzliche Rückschlüsse an die Freundin, ihre Kinder und nächste Umgebung. Jährliches Gedächtnis bewahrt sie jederzeit Henriette Roland-Kolff, der großen holländischen Dichterin und Kampfgestalt. — Sie weiß, „wie man liebt“. Einem Freund hat sie zu Weihnachten ein schönes Bild aus ihrer Turner-Mappe zugesandt. Er scheint dankend ab, das sei Bandalismus, d's Bildchen müsse zurück in die Mappe. Rosa ist „wütend“, „kriert Goehe (Gott) ich irgendwohin Bedenken — west-östl. Distanz“ und fährt fort: „Und wenn mir nächstens einfallt, ein paar Sterne herunterzuholen, um sie jemand als Menschheitsnüsse zu verpacken, so soll mir kein kletter Pedant mit gehobenen Fingern wehren, daß ich familiäre Schulfantastien der Astronomie in Verbindung bringe.“ — Unverzagt ist sie selbst durch Höllen gegangen — aber „anderer Leib erzogen, dazu fehlt mir Mut und Kraft.“

Die tiefe Järlichkeit, die sie für alle Menschen hat, erschließt ihr auch jene unerschöpfliche Quelle inneren Glüdes — Natur mit kleinen

und großen Wundern. Wald und See, Pflanzen und Tiere stehen ihrem Herzen so nahe, sind ihr so eng verwandt, daß sie oft Weltgeschichten darob vergißt. „Ich bin unerschütterlich, in nichts „umgelenkt“. „Nord und West und Süd zerpfücken, Throne bersten, Reiche zittern — und ich denke an Fango. Ja, und füttere fleißig Kohlenstein und Eisen.“ Hell: Wolken im Frühlingshimmel über der düsteren Gefängnismauer — Jasminblüten in einem ihr zugefanten Briefe — ein winziges, perglaues Federchen, das sie in Hofe findet — und die Harmonie des Alls scheint ihr — für kurze Atempausen wenigstens — wieder hergestellt. Wohl durfte sie sich die „immer Glückliche“ nennen. Aus schmachvollster Erniedrigung, bittersten Erfahrungen, stets erneuert Verzweiflung über Dummheit und Gemeinheit des ihr Begegnenden — der Gütigen immer noch unfaßbar — reißt sie Dichtervort Musik, eigener heiliger Wille zur Tat auch wieder ans Licht empor. In den Gefängniszellen, in denen sie die besten Jahre ihres Lebens verbringt, liebt sie Schiller, Sophocles, Calderon, Romanin Holland (sie hat ihn sehr geliebt), singt oder summt sie Lieder von Hugo Wolf und die Seele weilt sich zur Unendlichkeit. In diesen Stunden schweigt gestillt brausende Ungeduld, steht ihr Blick klar und fest über ungewundene Notwendigkeit augenblicklichen Geschehens in sich ere Zukunft. „Was die Weltbühne betrifft, über die Du stöhnst, so ist sie bald wieder ein harmonisches Ganze; nachdem nämlich alles bald auf dem Kopf steht, ergibt sich wieder ein geschlossenes Gesamtbild.“

Trost für grauenvolles Geschehen gibt es nicht. Aber Rosa Luxemburg hat gelebt, wie sie mußte. Starb, wie es ihr bestimmt war. Dies möge uns vor letztem Vergehen bewahren, zu neuem Lebenskampfe härten. —

Anna Rufbaum - Wien.

Alter und neuer Adel.

Graf Leiningen-Westerburg-Alleiningen, alias Artur Vische aus Teischau.

Am 4. ds. wurde in Graz der gewesene Schlossherr auf Poppendorf Erlaucht Graf Leiningen-Westerburg-Alleiningen verlobt, einer der vielen Pflanzen aus dem Sumpfwald der Kriegsgewinne. Von diesem neugeborenen Milliardär erzählt der „Arbeiterwille“ folgende launige Geschichte: Erlaucht Graf Leiningen wurde im Jahre 1891 in Teischau in Böhmen unter dem Namen Artur Vische als der Sohn eines ehrlichen Obsthändlers geboren. Von dem Geld, das sein Vater in der für die so edle „Gesellschaft“ so herrlichen Kriegszeit verdient hatte, kaufte sich Vische im Jahre 1919 das Schloss Poppendorf, wozu ihm eine Bank eine halbe Million tschechische Kronen zur Verfügung stellte. Da aber Vische die Wechsel, die er ausgestellt hatte, nicht bezahlen konnte, wollte die Bank das Schloss versteigern lassen. Vische befand sich damals gerade mit seiner Geliebten auf Reisen und seine Frau, der die Käse des Schlosses gehörte, mußte, um die Versteigerung zu verhindern, die Bürgschaft übernehmen, womit sich die Bank einverstanden erklärte. Als es dann zur Scheidung der Ehe kam, wurde das Gut im vorigen Jahre um 3 Milliarden Kr. verkauft. Mit einer Milliarde wurden die Hypotheken abgezahlt, eine Milliarde österreichische Kronen erhielt die geschiedene Frau für sich und ihre Kinder, eine Milliarde Herr Vische. Der neue Käufer verkaufte das Gut weiter, und der zweite Käufer verkaufte es um zehn Milliarden wieder an Vische, der erklärte, daß er es aus Prestige gründen besitzen müsse; allerdings zahlte Vische nicht mit barem Gelde, sondern mit Wechseln. Da er aber rasch so viel als möglich von den Werten des Schlosses wegzuschaffen trachtete, aber die Kaufsumme nicht zahlte, fürchtete der letzte Verkäufer um sein ganzes Geld zu kommen und erstattete die Anzeige, worauf dann Vische verhaftet wurde.

Aber Vische hatte mittlerweile seinen Namen geändert. Er hatte mit der reichsdeutschen Gräfin Leiningen-Westerburg-Alleiningen, die in ärmlichen Verhältnissen lebt, einen Adoptionsvertrag geschlossen, wonach er der Gräfin monatlich eine Rente von drei Millionen Kronen zu zahlen hat und dafür berechtigt ist, diesen herrlichen aristokratischen Namen zu tragen. Einige Zeit lang er seinen Verpflichtungen nach, dann stellte er die Zahlungen an die alte Gräfin, die ihren Namen auf Hüfen angelegt hatte, ein und kümmerte sich nicht weiter um sie. Jedenfalls wird auch dieses Stammbaumbereinigungsgeschäft Gegenstand eines Zivilprozesses werden.

Natürlich war der neugeborene Graf sehr stolz auf seinen Adel, und wehe dem, der es wagte, ihn nicht „Erlaucht“ oder „Durchlaucht“ anzuzusprechen!

Es ist selbstverständlich, daß der Herr Graf auch sehr auf standesgemäßen Verkehr sah. Er hatte nun eine Geliebte, nämlich das Kindermädchen seiner Frau. Als diese nun schwanger wurde und ihm Szenen machte, mußte sich Erlaucht, um nicht selbst seine Vaterstadt an die große Glorie zu hängen, nach einem anderen Vater umschauen und er fand auch einen Grafen Alexander Auerberg, der von seiner Frau geschieden, aber dafür im Besitz von vielen Gläubigern war; dieser unterzeichnete einen Vertrag, wonach er gegen Bezahlung von fünf Millionen das Kindermädchen mitnahm, dem zu erwartenden Kinde heiratete. So war seine Geliebte Gräfin Auerberg geworden und zog auf Schloss Poppendorf als Schlossherrin ein. Graf Leiningen, geborener Vische, unternahm mit ihr große Reisen. Allerdings seit einigen Tagen sind sie voneinander getrennt und es besteht die Gefahr, daß Graf Leiningen, wenn schon nicht durch den Zivilprozeß mit seiner Adoptionsmutter, so doch durch den Strafprozeß vor den Grazer Geschworenen seinen Adel verliert, indes sein Kindermädchen auf Grund des unanfechtbaren Ehekontraktes — Ehe sind ja nach den Satzungen der heiligen römischen Kirche unlösbar — bis an ihr Lebensende Gräfin bleibt und ihrer Nachkommenschaft den alten ehrwürdigen Namen des Geschlechtes der Grafen von Auerberg vererben wird.

Zuchthäuser und ihre Stedenperde.

Wie mit der Kunst der Geisteskranken, hat man sich in neuester Zeit auch mehr mit dem verwandten Gebiet der künstlerischen Betätigung von Verbrechern beschäftigt und auf die vielfach interessanten künstlerischen Leistungen hingewiesen, die manche Zuchthäuser in der Stille und Einsamkeit ihrer Zelle vollbracht haben. Der Gefangene, der von den meisten Freuden des Daseins abgeschnitten ist, kümmert sich in seinem Wunsch nach Unterhaltung und Abwechslung an alle möglichen Stedenperde und Liebhabereien, unter denen die Kunst keine geringe Rolle spielt. Ueber diese Stedenperde der Zuchthäuser macht einer der berühmtesten Kriminalisten Englands, der langjährige Zuchthausdirektor und Leiter der New Yorker Polizei Basil Thomson eingehende Mitteilungen.

„In den Zuchthausmauern.“ schreibt er, „gibt es Dichter, von denen wir ein Verleger etwas erfährt, Gelehrte, die nie die Universität besucht haben, und Maler, die keine Ausstellung beschiden, sondern sich damit begnügen, den Geschmack ihrer

Mitgefangenen und der Gefängniswärter zu bilden.“ In Worms od. Strass hatten wir einen „schweren Jungen“, der sich die Erlaubnis dazu erbat, die Kapelle mit Bildern zu verzieren und ein sehr hübsches Stück Arbeit leistete. Theateraufführungen sind, wenn sie gestattet werden, besonders beliebt, und ich habe bei ihnen vortreffliche Darsteller beobachtet. Ein Bildhauer betätigte sich mit einem merkwürdigen Stoff, nämlich mit Brot. Hätten wir ihm Marmor gegeben, so würde er wahrscheinlich auch in diesem schwierigen Mater al seinen Mann gestanden haben, denn er besaß eine ganz natürliche Begabung. Unter den kunstfertigen Insassen hatten wir auch einen Orgelbauer. Er hatte seinen Beruf zwar seit langem ausgeübt und sich ausschließlich aufs „Beldschonkmalen“ gesetzt. Als er aber die Orgel in der Kirche gehört hatte, ließ er sich bei mir melden und setzte mir sehr höflich auseinander, daß die Orgel schlechter gebaut sei und er sie umbauen wolle. Und wirklich, er machte seine Sache vorzüglich.

Den Gefangenen verdanke ich auch eine Entdeckung in der Naturgeschichte. Sie haben nämlich herausgefunden, daß die Hausmaus nicht zähbar ist, während die Feldmaus sich verhältnismäßig leicht dressieren läßt. Die dressierte Maus gehört zu den bestbelegten Speisepferden der Gefangnisse. Da gibt es Dressure, die sich in jedem Borte lassen könnten. Sie schleppen die kleinen Tiere in der Tasche mit sich herum, und in jeder Mißstunde geben sie ihrem Mäuschen Unterricht, bis es sehr nützlich auf seinen Hinterfüßen steht, ein Strohhalbm als Gewehr schußfert und mit ihm auf Kommando präsentiert. Von Zeit zu Zeit ereignen sich kleine Mäusetropfen. Entweder die Robe erwirbt einen solchen vierfüßigen Künstler oder der eine flücht dem anderen eine dressierte Maus, dann kommt es zu grimmigen Kämpfen um den entwendeten Lebling. Vögel zu halten, wird den Gefangenen nicht gestattet. Aber trotzdem werden zuweilen Dohlen abgerichtet.

Tages-Neuigkeiten.

Jahrhundert Eisenbahnkatastrophe bei Lemberg.

Wierzehn Tote, achtzig Verletzte.

Lemberg, 15. Jänner. In der gestrigen Nacht ereignete sich auf der Strecke Lemberg—Zdolbunowa eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe. Ein in der Nacht aus Lemberg nach Zdobunowa abgehender Personenzug stieß zwischen den Stationen Michalowa und Rudnik-Poczajowka mit einem Sagenzug aus Zdobunowa zusammen. Die Folgen der Katastrophe waren furchtbar. Wierzehn Personen sind tot, 80 Personen, darunter neun Eisenbahnfunktionäre, teils schwer, teils leicht verwundet. Beide Lokomotiven und acht Waggons sind vollkommen zertrümmert worden. Die Rettungsaktion ist im Gange.

Ein neues Erdbeben in Japan.

London, 15. Jänner. Reuter meldet aus Osaka: Die telephonische und telegraphische Verbindung zwischen Tokio und Osaka ist heute morgens um 5.45 Uhr durch ein Erdbeben unterbrochen worden. Der Trambahnverkehr in Tokio liegt still. Der Eisenbahnverkehr Tokio—Osaka ist unterbrochen. Die königliche Familie ist in Sicherheit. In Sugamo, einer Vorstadt Tokios, sind Brände ausgebrochen. Ein Eisenbahnzug stürzte in den Vajugastich zwischen Gotemba und Tokio; sechs Züge wurden umgeworfen.

In Yokohama wurden beim Erdbeben sechs Personen getötet und 32 verwundet, in Tokio vier Personen getötet und 20 Personen verwundet. In Yokohama wurden 600 Häuser zerstört.

„Zeit geht's an's Schädelspalten.“ Mit diesem, christliche Nächstenliebe aufs beste bezeugenden Satz schließt ein Gedicht, das den Titel „Deutschland“ trägt, im Jägerndorfer christlichsozialen (1) „Voll“ abgedruckt ist und im übrigen einige ganz interessante gesellschaftliche Wünsche und Hoffnungen offenbart. Man höre also:

Mein Deutschland, wir marschieren für dich durch No: und Tod und zwingen mit den Waffen dir ein das Morgenrot. Wie haben aus dem Dunkel aus Sonnenlicht: empor Die deutsche Kaiserkrone... Nun Weh: g: fällt und vor! Die Krone ist zerbrochen, Doch nimmer unser Herz; Nun Ahnleben wir die neue, Von Golde nicht, — von Erz... Schon droht das Horn die Zeit geht los. Nun Frankreich, Gott beschützen! Stunden: in Eisen wehre dich! Dich muß der Teufel holen. Es wehen hoch im Morgenwind Die alten Feindhanden. Nun drauf und dran! Wir segnen euch Mit Treuen und mit Dürren! — „Dui vive?“ — „Student“ der F: deus heßt. Und „Tod“ heißt die Parole! Hier schlägt ein neues Burschenschafts Im runden Kamisole! Ihr lachet, wenn bei frohem Sang Wir tranken wie die Allen; Nun lachet weiter wenn ihr könnt: Zeit geht's an's Schädelspalten!

Zu bemerken wäre noch, daß das die deutsche Kaiserkrone aus dem Dunkel aus Sonnenlicht emporhebende und das Schädelspalten jetzt ausgehende Blatt unter der politischen Führung des Senators Hilgenreiner steht, der sich am Kapbuden vor der tschechischen Regierung nicht genug tun kann.

Deutschlands Invaliden müssen verhungern. Infolge der Anpassung an die Beamtenbesoldung auf Grund des Ermäßigungsgesetzes haben die von der deutschen Regierung festgesetzten Renten in Goldmark unter den Kriegsbeschädigten und Invaliden einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Es erklärt beispielsweise ein Kriegsbeschädigter, der keinen Beruf erlernt hat und somit in seinem Erwerbsleben durch die Kriegsfolgen am schwersten geschädigt ist, da er nur mit Hilfe seiner Gliedmaßen seinen Lebensunterhalt erwerben kann, bei Verlust eines Auges eine Monatsrente von sage und schreibe 3.75 Goldmark oder täglich 12.5 Pfennig. Eine Kriegswunde, die ihren Erwärer verloren hat erklärt monatlich 7.50 Goldmark, es sei denn, daß sie infolge Krankheit völlig erwerbsunfähig ist und daher noch eine geringe Zusatzrente empfängt. Jahrelang hat man die Renten der Kriegsoffer trotz dauernder Geldentwertung nicht erhöht, angeblich weil das Reich für die Opfer des Krieges keine Mittel dazu hatte. Während der Inflation wurden infolge des bürokratischen Verwaltungsapparates die Renten erst gezahlt, nachdem sie durch die Geldentwertung bereits schon längst überholt waren. Jetzt sind ohne Parolen Rentenerträge festgesetzt worden, die nur einen ganz geringen Bruchteil der Vorkriegsrenten darstellen. Schwerbeschädigte werden ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen und Familienverhältnisse entlassen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten sieht sich daher gezwungen, zum 20. d. M. in ganz Deutschland Protestkundgebungen zu veranstalten, um zu der Rentenfestsetzung der Regierung Stellung zu nehmen.

Die Freuden eines Zeitungsverlegers. Der Verleger der Augsburger „Deutschen Postholerzeitung“ rechnete kürzlich mit der Post ab. Die Abrechnung hatte das verblüffende Ergebnis, daß er für die gelieferten Blätter nicht nur nichts erhielt, sondern für die Beförderungsgebühren usw. noch reichlich 400 Millionen für jeden Abonnenten draufzuschlagen hatte.

Der Hitlerprozeß soll einer der größten Prozesse werden, der seit langem in München ein Verdict beschloß. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Drei Staatsanwälte sollen die Anklage vertreten. Den Beschlagen werden neun Verteidiger zur Seite stehen. Schon das Studium der gewaltig engmaschigen Akte stellt eine große Aufgabe dar. Auswärtige Journalisten, darunter auch amerikanische, haben sich bereits in den Prozeß angemeldet. Man rechnet mit einer sehr wöchigen Dauer der Verhandlungen.

Eine eindringliche Warnung an alle Auswanderer. Bei den Verbänden, die gegenwärtig von einem Komitee der New Yorker Legislatur in der City Hall bezüglich der Ausweisung und Verschwindelung der Einwanderer vorgenommen werden, kommen, wie der „Vorwärts“, Milwaukee meldet, ganz erstaunliche und fast ungläubliche Dinge zum Vorschein. Alle möglichen Schwindelereien vom Verkauf von Paßplätzen, die teils in Zumpfen, teils direkt unter Wasser liegen, bis zu tödlichen Präparaten gewissermaßen, wurden bis jetzt aufgeföhrt und zeigen, in welch raffinierter Weise die unglücklichen ausländischen Arbeiter, die eine Zukunft im Lande der „Freiheit und Demokratie“ suchen, betrogen werden. Wie Miss Marion Clark, Chef für die Auswandererabteilung des Staats-Arbeits-Departements, ausgiebig, herrlich im Staate New York Leibeigenschaft im Großen. 32 Prozent der Bevölkerung dieses Staates sind Auswanderer und genießen keinen gesetzlichen Schutz. Miss Clark besitzt Berichte über die Sendung von Einwanderern nach Arbeiterlagern, wo sie monatelang arbeiten müssen, ohne Bezahlung zu bekommen, und dann ungefähr 100 Meilen zu Fuß zurücklegen mußten, um wieder in die sogenannte Zivilisation zurückzukommen. Diese Labor Camps im Staate New York sind bestmöglich für alle möglichen Krankheiten, und nirgends sind Peons Leibeigene gezwungen, unter schlimmeren Umständen zu leben als in diesen,“ sagten andere Sachverständige, die als Zeugen vor dem Komitee erschienen. Arbeitsnachweis-Agenturen engagieren eingewanderte Arbeiter, die weder die Sprache, noch die Verhältnisse und Gesetze dieses Landes kennen, veranlassen sie, Kontrakte zu unterschreiben, durch welche sie verpflichtet sind, monatlang für die Jahrsfahrt zu bezahlen, und werden sie dann nach Konstruktions-Camps, wo sie vollständig von der Zivilisation abgeschnitten sind, und in Peonage (Leibeigenschaft) gehalten werden.

Der Reichtum der Vereinigten Staaten. Einer amerikanischen Statistik entnehmen wir: 110 Millionen Personen bewohnen 3,700,000 Quadratmeilen Landes (gemeint sind die Vereinigten Staaten) und besitzen Vermögen in Höhe von schätzungsweise 300 Milliarden Dollar. Die bei den Banken deponierten Einlagen sind auf annähernd 40 Milliarden Dollar gestiegen. Lebensversicherungen laufen in der Höhe von mehr als 70 Milliarden. 500 Millionen Acker urbar gemachtes Farmland repräsentiert einen Wert von 77 Milliarden, 24 Millionen Milchkuhe, 40 Millionen Stück anderes Hornvieh, 40 Millionen Schafe und 60 Millionen Schweine sind vorhanden. Jährlich werden mehr als drei Milliarden Scheffel Mais und eine Milliarde Scheffel Weizen produziert. Mehr als 60 Milliarden Werte an Fertigfabrikaten werden jährlich ins Ausland verschickt. Mehr als 23 Milliarden Roh-

stoffe werden in einem Jahre gewonnen. Amerika hat über 250,000 Meilen Eisenbahnen, 250,000 Meilen Telegraphenlinien und ebenso 800,000 Meilen Telephonlinien. 20,000 täglich über wöchentlich erscheinende Zeitungen vermitteln die neuesten Tagesereignisse und tragen zur Allgemeinbildung bei. — Dieser Statistik muß beigefügt werden: Der ungeheure Reichtum der Vereinigten Staaten, die der Geldgeber der ganzen Welt geworden sind, ist zum größten Teil in den Händen weniger Geldmagnaten vereinigt, die diesen Reichtum kontrollieren. Von den 110 Millionen Einwohnern der Vereinigten Staaten sind nur wenige Tausende Nutznießer dieses Reichtums.

Die versenkte deutsche Kriegsflotte wird gehoben und auf Abbruch verkauft. Reuter meldet, daß die in Scapaflow versenkte deutsche Kriegsflotte demnächst gehoben werden soll. Die Kontrakte seien zwischen der Admiralität und einer Vergütungsgesellschaft unterzeichnet worden. Es handelt sich um 68 Schiffe, von denen eine große Anzahl zum Abbruch verkauft werden dürfte.

Italien hält noch immer österr. Hilfsgeld besetzt. Die Österr. Oberhöf. Unterhöf. und ein Teil von Grenz. wischen Tarvis und Arnoldstein, wurden im Friedensvertrag Österreich zugesprochen, sind aber heute noch von Italien besetzt. Den Bewohnern dieser Ortschaften werden sowohl von Österreich als auch von Italien Steuern vorgeschrieben. Wollen sie ihre Felder jenseits der Demarkationslinie, also auf ungewissem österr. Gebiet, bebauen, so verlangen die Italiener, daß die Fahrwerke plombiert, die Äuglere einseitig unterföhrt und gemischt werden; außerdem ist für jedes Fuhrwerk eine Ration von 30 Goldlire zu erlösen. Diese unbilligen Zustände veranlassen die Genossen Halle, G. bei und Tüsch, an den österr. Bundeskanzler die Anfrage zu richten, was er zu tun gedenke, um die Räumung dieses zweifellos zu Österreich gehörigen Gebietes zu erwirken.

„N. Post“ „L 24“ noch nicht aufgefunden. Hayes meldet: Die englischen Versicherer, daß die aufgefundenen von Taus und Wuscheln bedeckten Trümmer nicht „L 24“ sind.

Kriegsbericht aus Mexiko. Reuter meldet aus El Paso: Die mexikanischen Aufständischen versichern, daß sie den Süden von Texas in Besitz haben, und daß ihr Heer imstande sei, ihn demnächst vom Lande aus anzugreifen.

Ein neuer Wädiger Volkentrag, der in New York auf dem Grund zwischen der 32. und 33. Straße der Lexington- und Fourth-Avenue errichtet werden soll, soll das größte Gebäude seiner Art auf der Welt werden. Der Bau wird 250,000 Quadratfuß Fläche bedecken als das Equitable Building und zwischen 18 und 20 Millionen Dollar kosten. Abstürme für die Bewohner des Baues werden die ersten drei Stockwerke einnehmen; dort wird auch eine große Turnhalle eingerichtet, bedeutende Unterhaltungsräumlichkeiten und 75 Schlafzimmer. Im Parterre wird ein großer Saal angelegt, der 250 Personen fohrt und für geschäftliche Versammlungen benützt werden soll.

Der Kinder-Sklaventhandel in China. Auf Grund der Enthüllungen, die in der letzten Zeit über den Sklaventhandel mit Kindern in China gemacht wurden, ist nunmehr, wie aus Hongkong berichtet wird, ein Gesetz erlassen worden. Danach darf niemand mehr sogenannte Muffai, wie die als Hausangestellte verwendeten kleinen Sklavinnen heißen, beschaffen, wenn nicht ein gesetzlicher Dienstvertrag vorliegt. Weibliche Dienstboten unter zehn (1) Jahren dürfen überhaupt nicht mehr beschaffen werden. Die bereits vorhandenen Muffai müssen in Pfien eingetragten werden und die Befehle solcher kleinen Sklavinnen sollen diese nur unter der Bedingung behalten dürfen, daß sie das Recht der Eltern anerkennen, ihre Kinder zurückzuföhren, und den Kindern die Freiheit gewähren ihre Beschäftigung auf eigenen Wunsch aufzugeben.

Wegen Majestätsbeleidigung angeklagt: Freispruch. Der Gerichtshof in Szeged in Ungarn hat gestern ein für hochverräterlich überaus hartes Urteil gefällt. Es handelte sich um einen Landwirt, der dem Straßensänger unter der Anklage der Majestätsbeleidigung, die er im April 1922, nachdem der Tod des Königs Karl bekannt wurde, begehrt hat, indem er sagte: „Gott sei dank, der König ist...“ Hier gebrauchte er einen rohen Ausdruck. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Nach der Begründung des Urteils ist nämlich das Gesetz über die Enthronung des Kaisers Franz Joseph im November 1921 in Kraft getreten, folglich können die Angehörigen des Hauses Habsburg nicht denselben strafrechtlichen Schutz genießen, den das Strafgesetzbuch den Mitgliedern des ehemaligen Herrscherhauses angedeihen ließ. Der Gerichtshof stellte fest, daß eine Verunglimpfung des Verstorbenen vorliegt, die ebenfalls strafbar ist. Der Angeklagte wurde jedoch unter diesem Titel nicht zur Verantwortung gezogen.

Das große Bayernwerk vor der Vollendung. Am Freitag abends wurde im Wolkensee-Werk der Probetrieb der ersten Turbine (24,000 PS) im Anschluß an die Füllung der Druckrohr-Personen. Damit ist ein wichtiger Abschnitt im Entstehen des in seiner Größe und Eigenart auf dem Kontinent einzigartig dastehenden Werkes erreicht. Die Versuche erfolgten bis jetzt ohne Störung. Alle Teile der Hochdruckanlagen funktionieren sachgemäß. Nach der Durchführung weiterer Versuche wird die Kraftabgabe an das Bayernwerk beginnen. Das Bayernwerk selbst, die über ganz Bayern fertiggestellte Hochspannungsleitung, hat in der Nacht zum 11. Jänner mit keinem Ikon seit Mitte Dezember betriebsfähigen 100,000 Voltanlagen die Uebertragung der bei den Hoch-Elektrizitätswerken in Augsburg überschüssigen Wasserwerkstrom zum Großkraftwerk Franken bei Nürnberg aufgenommen.

Bei einer Robertspitze bei Hirschberg. In der Stadt Hirschberg in Preussisch-Sachsen, soll ein Baumstumpf zur Erzeugung von elektrischem Strom errichtet werden...

Er 16 — sie 49 Jahre. Die Vereinigten Staaten haben, wie wir einem amerikanischen Blatte entnehmen, wieder einmal eine „Insultation“...

Durch einen Leib. Bei St. Johann (Sachsen) kam ein aus Mauthausen gebürtiger Arbeiter, als er den Bahnhöfen überqueren wollte...

Frecher Raubüberfall. Freitag abends erschienen im Laden des Franz Frank in Marienberg bei Mährisch-Straun vier Männer und verlangten Geld...

Diebstahl eines Geldpostbotes. Am Samstag wurde aus einem Postwagen, der vom Oberleutnantsdorf Postamt abgefertigt, zur Bahnstation Wladimir-Oberenddorf fuhr, ein an die Prager Postdirektion adressierter Geldpostbeutel gestohlen...

Wolfsjähren in Karpathenland. Die Kanzlei des Vizegouverneurs in Karpathenland veröffentlicht einen Bericht über die Schäden, welche Wölfe in einzelnen Gauen angerichtet haben...

Mumutreste. In Wellestsch (Donbu) hat der Gemeindevorsteher Stork in seiner Sanzgrube Mumutreste ausgegraben. Der Fund wurde dem Staatarchivinstitut angezeigt.

Schneesturm in Mähren. In der Vorwoche wütete in vielen Teilen Mährens ein furchtbarer Schneesturm der zahlreiche Opfer forderte. So blieb in der Nacht zum Donnerstag, in der der Sturm am heftigsten wütete, auf der Landstraße hinter Senitz bei Ung-Brod ein Schwerfuhrwerk...

Wetterübersicht vom 15. Jänner. Die Wetterlage ist unverändert. Fast über ganz Europa wehen Süd- bis Südwestwinde. Die Temperatur nimmt vom Westen gegen Osten stark ab...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Personaleinkommensteuer und Arbeiterchaft.

Deutsche sozialdemokratische Intervention im Finanzministerium wegen rückständiger Einhebung von Steuerrückständen der Arbeiter.

In Durchführung des Beschlusses der letzten Vollzugsausschussung des Parteivorstandes sprach die Abgeordnete Hadenberg und Kaufmann in Angelegenheit der Einhebung der Personaleinkommensteuer beim Finanzministerium vor und trugen dem Sektionschef Blasas die erhobenen Beschwerden über die rückständige Einhebung der rückständigen Personaleinkommensteuer und die Undurchführbarkeit des Erlasses des Finanzministeriums, daß die Rückstände bis zu zehn Prozent des gegenwärtigen Arbeitslohnes in Abzug gebracht werden sollen, vor...

Entreibung der Steuerrückstände ergehen werden, wird das Finanzministerium später Informationen zu geben in der Lage sein.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Der Berliner „Vorwärts“ meldet, die Verhinderung der Währung habe bereits einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Eine Gesamtübersicht fehlt zwar noch, doch liegen bereits die Ergebnisse der Fählung über den Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe vom deutschen Textilarbeiterverband, der gewöhnlich ein typischer Gradmesser der Gesamtwirtschaft ist, vom Ende Dezember vor...

Die Konzentration in der reichsdeutschen Metallindustrie. In der Metallindustrie der ganzen Welt machen sich gegenwärtig gewaltige Konzentrationsbestrebungen geltend. In der richtigen Erkenntnis, daß diese Erscheinung die größte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften beansprucht, hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Buch herausgegeben, welches die Konzentrationsbewegung in der deutschen Metallindustrie beschreibt (Konzerne der Metallindustrie, herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verlag von Alexander Schöde u. Comp., Stuttgart). In diesem Buche ist bisher wohl das umfassendste Material zur Konzentration in der deutschen Industrie überhaupt zusammengefaßt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Tendenz zur Konzentration schon in der Vorkriegszeit vorhanden war. Während aber im Frieden die sogenannte horizontale Konzentration überwiegt, das heißt der Zusammenschluß gleichartiger Werke miteinander, steht die Nachkriegszeit im Zeichen der vertikalen Konzentration, das heißt des Zusammenschlusses von verschiedenen Unternehmungen, so daß von der Gewinnung des Rohmaterials bis zur Herstellung des Fertigproduktes alle Betriebe in einem Konzern vereinigt sind...

Zehn Trillionen Papiermark Darlehensschulden. Nach der „Vossischen Zeitung“ ist das Kontingent der Darlehensklassen jetzt bis zur Grenze von zehn Trillionen Papiermark, auf die es im November 1923 erhöht wurde, in Anspruch genommen worden. Eine neue Erhöhung des Kontingentes sei nicht beabsichtigt, da nicht mehr die Erweiterung der Tätigkeit der Darlehensklassen, sondern ihr Abbau ins Auge zu fassen sei.

Der Eisenbahnstreik in England. Havas meldet aus London: Es wird alles getan, um den Eisenbahnstreik zu verhüten. Der Generalrat des Trade Union Congresses tritt zu diesem Zwecke zusammen, die Eisenbahndirektoren halten an ihrem Standpunkte fest. Sollten die Bestrebungen, den Streik zu verhindern, mißlingen, würde der Ausstand Sonntag ausbrechen. Der Streik der deutschen Matrosen in den englischen Häfen hat sich erweitert. Die Streikenden verlangen höhere Löhne.

England und Rußland. Der Rat der vereinigten britischen Handelskammern hat an den Premierminister, den Staatssekretär des Außen- und den Präsidenten des Handelsamtes eine Entschädigung gefordert, in der es für ratsam ist, Schritte zu unternehmen, um den Handel zwischen England und Sowjetrußland so bald wie möglich auszuweiden. Dabei sollte die Notwendigkeit, daß Rußland seine Vorkriegsschuld anerkennt und die Ansprüche britischer Staatsangehöriger regle, angemessen berücksichtigt werden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: New York 100 Kr. ... 2,91/25; Zürich 100 ... 2,80/50; Berlin 1 ... 123,500,000,000/00; Wien 1 ... 2,075/00.

Prager Kurie am 15. Jänner.

Table with exchange rates for various currencies: 100 holl. Gulden ... 1290/50; 1 Million Mark ... 8,5/0; 100 amer. Frank ... 133,2/00; 100 schw. Frank ... 6/1/00; 1 Brito Sterling ... 146,8/00; 100 Lire ... 150,75/00; 1 Polak ... 31,7/00; 100 franz. Frank ... 154,25/00; 100 Dinar ... 29,75/00; 1000000 g ar Kronen ... 1,07/0; 1,000,000 russ. Mark ... 2,8/0; 10,000 österr. Kronen ... 4,76/00.

Kunst und Wissen.

Der norwegische Dichter Garborg gestorben. Arne Garborg, der Nestor des norwegischen Schrifttums, ist am 14. Jänner, fast dreißigjährig, in Aspere gestorben. Schon in jungen Jahren betätigte sich Garborg, vor Berufsschullehrer, als Journalist und Schriftsteller. Seine Romane, durch die er vor allem berühmt wurde und von denen „Ein Freigeist“, „Bauernstudenten“ und „Milde Seelen“ die bekanntesten sind, sind fast durchwegs im Dialekt, in der norwegischen Volkssprache geschrieben erschienen aber auch in der norwegischen Schriftsprache. Die meisten seiner Werke — auch einige seiner Dramen und viele Romane — wurden ins Deutsche und in alle anderen Welt Sprachen übersetzt. Seine ursprünglich reaktionär-pleistitische Gesinnung wandelte sich später in ästhetischen Radikalismus und auf dem Höhepunkt seines Lebens und Schaffens ward er zum Vorkämpfer des Freidentertums. Mit ihm wirkte als Schriftstellerin und Uebersetzerin seine Frau Hulda Garborg.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch (Reperioire-Änderung) „Die toten Augen“; Donnerstag und Freitag Ensemblegastspiel Aufführung mit Hans Lohner „Die gelbe Radikalität“; Samstag Gastspiel Jicha—Starned „Don Juan“; Sonntag abends Premiere „Der Fürst von Pappenheim“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch und Freitag „Der Mustergatte“; Donnerstag „Lilium“; Samstag und Sonntag nachmittags neuinszeniert „Maria Magdalena“; Sonntag abends „Improvisationen im Juni“.

Die russische dramatische Künstlerin Jelena Polenska gibt ihr einziges Konzert in Prag am 9. Februar im Weinberger Stadttheater.

Mitteilungen aus dem Sublimum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 21, Kl. Basar.

Rechenmaschinen, T. C. D. G. a. r., Refájanka 2a, 2535.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Gerlach. Verantwortliche Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Dolia.

Alle Bücher liefert rasch und billig die Volksbuchhandlung Kremser & Co., Tepitz-Schönau, Theroslogasse 18-20. Große Lager in preiswerten Gelegenheitskäufen. Besondere Vorteile senden wir auf Wunsch folgen zu. Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angelegentlichsten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Der lesende Arbeiter das ist der denkende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende geistige Glied, wo es die deutsche Proletariat im Anruf und Abwehr zusammenführt. Werdet Leser und werdet neue Leser des „Sozialdemokrat“! Ausschneiden und einsenden. Abonnements-Bestellschein. Abonnieren ab 192... monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährig 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den „Sozialdemokrat“ — Verfallung Prag 11., Kärntnerstr. 22. Vor- und Zuname: Beruf: Ort, Bezirk: Strasse und Nr.